



Staats-Anzeiger

FÜR DAS LAND HESSEN

1963

Montag, 25. November 1963

Nr. 47

Inhalt:	Seite:	Seite:
Der Hessische Ministerpräsident		
Veröffentlichungen des Hessischen Statistischen Landesamtes in der Zeit vom 26. 10. — 12. 11. 1963	1309	
Der Hessische Minister des Innern		
Güteüberwachung für Transportbeton; hier: Anerkennung des Instituts für Kolloidkunde in Poppenhausen (Wasserkuppe)	1310	
Anwendung des § 3 Abs. 2 Buchst. f der Paßverordnung auf die Staatsangehörigen Malaysias	1310	
Der Hessische Minister der Finanzen		
Nachversicherungsbescheinigungen nach § 1403 Abs. 4 RVO und § 125 Abs. 4 ANVG	1310	
Ersatz von Sachschäden an Angestellte und Arbeiter	1311	
Der Hessische Minister der Justiz		
Einführung des Loseblatt-Grundbuchs bei der Zweigstelle Windecken des Amtsgerichts Hanau am Main	1311	
Aufhebung der Zweigstelle Oberkaufungen des Amtsgerichts Kassel	1311	
Der Hessische Kultusminister		
Gebührenordnung für die Kliniken der Philipps-Universität Marburg und der Justus-Liebig-Universität Gießen	1312	
Der Hessische Minister für Wirtschaft und Verkehr		
Einziehung einer Teilstrecke der Landesstraße 3131 in der Gemarkung Gießen, Landkreis Gießen	1312	
Abstufung einer Teilstrecke der Kreisstraße 165 in der Ortslage Grätenhausen, Landkreis Darmstadt	1312	
Einziehung einer Teilstrecke der ehemaligen Landesstraße 3066 in den Gemarkungen Neu-Isenburg, Landkreis Offenbach, und Offenbach am Main	1312	
Erlaß zur Ergänzung der Beleihungsgrundsätze für Sparkassen	1313	
Der Hessische Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen		
Monatlicher Bericht über die anzeigepflichtigen übertragbaren Krankheiten	1313	
Rückforderungen von Kapitalabfindungen nach § 76 BVG oder nach § 47 VfG (KOV)	1313	
Druckgasverordnung (DGVO); hier: Ergänzung der Technischen Grundsätze (Ziffern 50—58)	1313	
Bekanntgabe der Wahlvorschläge für die Wahl zur Delegiertenversammlung der Landesapothekerkammer Hessen	1315	
Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Forsten		
Anordnung betreffend die Wildschutzgebiete „Urberg“ und „Breitecke“	1316	
Personalnachrichten		1316
C. im Bereich des Hessischen Ministers des Innern		1316
D. im Bereich des Hessischen Ministers der Finanzen		1316
F. im Bereich des Hessischen Kultusministers		1317
Buchbesprechungen		1318
Öffentlicher Anzeiger		1320
Genehmigung zur Einrichtung und zum Betrieb eines Linienverkehrs		
. . . von Schloßborn nach Königstein		1328
. . . von Waldernbach nach Limburg		1328
Satzung des Forstbetriebsverbandes Hallgarten im Rheingau		1328

1185

Der Hessische Ministerpräsident

Veröffentlichungen des Hessischen Statistischen Landesamtes in der Zeit vom 26. 10. bis 12. 11. 1963

Erhältlich durch den Buchhandel oder unmittelbar beim Hessischen Statistischen Landesamt, 62 Wiesbaden, Rheinstraße 35/37.

	Preis DM
Hessische Gemeindestatistik 1960/61	
Heft 5 — Gemeindefinanzen	2,50
Statistische Berichte	
AO/VZ 1961 — 10	
Die Wohnbevölkerung nach Altersgruppen und Religionszugehörigkeit am 6. 6. 1961	2,—
* C II 1 — m 10/63 (erscheint nur für April—Dezemb.)	
Ernteberichterstattung über Feldfrüchte und Grünland in Hessen Anfang Oktober 1963	—,50
* C II 2 — 9/63 (erscheint nur für April bis Oktober)	
Ernteberichterstattung über Gemüse in Hessen im September 1963	—,50
* C III 2 — m 9/63	
Die Schlachtungen in Hessen im September 1963	—,50
* C III 3 — m 9/63	
Milcherzeugung und -verwendung in Hessen im September 1963	—,50
* F I 1 — m 9/63	
Das Bauhauptgewerbe in Hessen im Septemb. 1963	—,50

* F II 1 — 9/63	
Die erteilten Baugenehmigungen in Hessen im September 1963	—,50
* G I 1 — m 9/63	
Umsatzentwicklung im Einzelhandel in Hessen im September 1963	—,50
* H I 1 — m 8/63	
Die Straßenverkehrsunfälle in Hessen im Aug. 1963	—,50
H I 4 — m 8/63	
Der Personenverkehr der Straßenverkehrsunternehmen in Hessen im August 1963	—,50
* H II 1 — m 9/63	
Die Binnenschifffahrt in Hessen im September 1963	1,—
L I 2 und 4 — j/62	
Die Gemeindefinanzen in Hessen, Rechnungsj. 1962	1,—
L I 3 — j/62	
Die Realsteuerhebesätze in den Gemeinden Hessens 1962	1,—
L II 3 — j/62	
Die Umsätze und ihre Besteuerung in Hessen im Jahre 1962	1,—
M I 1 — m 9/63	
Erzeuger- und Großhandelspreise in Hessen im September 1963	1,—

Wiesbaden, 12. 11. 1963

Hessisches Statistisches Landesamt
Z 2 c 1 Az.: 77a 241/63
St.Anz. 47/1963 S. 1309

1186

An die
Herren Regierungspräsidenten
Darmstadt, Kassel, Wiesbaden
An den
Magistrat der Stadt Frankfurt am Main
— Bauaufsichtsbehörde —
Frankfurt am Main

Güteüberwachung für Transportbeton;

hier: Anerkennung des Instituts für Kolloidkunde in Poppenhausen (Wasserkuppe)

Bezug: Erlaß vom 23. 8. 1961, Ziff. 2 (StAnz. 1961 Nr. 40 S. 1168)

In meinem Erlaß vom 23. 8. 1961 über die Verwendung von Transportbeton habe ich u. a. zum Ausdruck gebracht, daß sich die Hersteller- und Lieferwerke von Transportbeton einer laufenden Güteüberwachung durch eine von mir anerkannte Güteschutzgemeinschaft oder eine amtlich anerkannte Prüfstelle zu unterwerfen haben.

Ich habe Veranlassung darauf hinzuweisen, daß eine anerkannte Güteschutzgemeinschaft Transportbeton noch nicht existiert. Die im Sinne des obigen Erlasses anerkannten Prüfstellen sind:

1. Staatliche Materialprüfungsanstalt der TH Darmstadt,
2. Amt für Statik und Baustoffprüfung der Stadt Frankfurt am Main,
3. Institut für Massivbau an der TH Darmstadt und
4. Baustoff- und Bodenprüfstelle Kassel des Hessischen Landesamtes für Straßenbau.

Zusätzlich habe ich nunmehr für das Gebiet der Kreise Fulda, Hünfeld, Hersfeld, Lauterbach und Schlüchtern die Baustoffprüfstelle des Instituts für Kolloidkunde in Poppenhausen (Wasserkuppe) als überwachende Prüfstelle im Gütesicherungsverfahren Transportbeton anerkannt.

Ich bitte, die nachgeordneten Bauaufsichtsbehörden entsprechend zu unterrichten.

Wiesbaden, 4. 11. 1963 **Der Hessische Minister des Innern**
Vb — 64 a 08 — 2/63
StAnz. 47/1963 S. 1310

Der Hessische Minister des Innern

1187

Anwendung des § 3 Abs. 2 Buchst. f der Paßverordnung auf die Staatsangehörigen Malaysias

Mit Wirkung vom 16. September 1963 haben sich der Malaiische Bund und die bisher vom britischen Mutterland abhängigen Gebiete Singapur, Nordborneo und Sarawak zu einer neuen Föderation zusammengeschlossen, die die Bezeichnung „Malaysia“ trägt.

Nach außen wird die Föderation vom früheren Malaiischen Bund vertreten. Die zwischen ihm und der Bundesrepublik Deutschland bestehenden diplomatischen Beziehungen erstrecken sich seit dem 16. September 1963 auf die gesamte Föderation.

Wie die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Kuala Lumpur jetzt festgestellt hat, benötigen die Staatsangehörigen Malaysias für die Rückkehr in ihr Staatsgebiet keinen Sichtvermerk. Sie sind daher, sofern auch die übrigen Voraussetzungen erfüllt sind, nach § 3 Abs. 2 Buchst. f der Paßverordnung vom Sichtvermerkszwang befreit.

Die Angehörigen Malaysias weisen sich vorerst entweder durch einen vorläufigen malaysischen Paß (Doppelbogen mit der Überschrift „Paspot Sementara, Malaysia — Provisional Passport Malaysia“ und gedrucktem Vermerk „Holder does not require a re-entry permit or visa to return to Malaysia“) oder durch einen vor dem 16. September 1963 in einem der Teilstaaten ausgestellten (britischen) Paß mit dem Zusatz „Citizen of Malaysia“ aus.

Wiesbaden, 6. 11. 1963

Der Hessische Minister des Innern
III b — 23 c 02

StAnz. 47/1963 S. 1310

1188

Der Hessische Minister der Finanzen**Nachversicherungsbescheinigungen nach § 1403 Abs. 4 RVO und § 125 Abs. 4 AnVG**

Bezug: Mein Erlaß vom 23. Dezember 1957 — P 1801 A — 11 — I 41 — (StAnz. 1958 S. 68)

Dem Bezugserlaß wird aus gegebenem Anlaß folgender neuer Absatz 2 eingefügt:

„Die Bescheinigungen über den Aufschub der Nachversicherungen sind nur nach dem nachstehend bekanntgegebenen bundeseinheitlichen Muster zu erteilen. Eine Ausfertigung der Bescheinigung ist dem Bediensteten auszuhändigen, eine weitere dem zuständigen Versicherungsträger unter Angabe des neuen Arbeitgebers (Dienstherrn) zu übersenden.“

Die Vordrucke sind bei der Landesbeschaffungsstelle Hessen unter der Lager-Nr. PA 80 zu beziehen.“

Im Einvernehmen mit dem Herrn Hessischen Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen. Dieser Erlaß geht den obersten Dienstbehörden und den mir nachgeordneten Dienststellen nicht gesondert zu.

Wiesbaden, 30. 10. 1963

Der Hessische Minister der Finanzen
P 1801 A — 11 — I 42
StAnz. 47/1963 S. 1310

*

Nachversicherungsschuldner

Bescheinigung

über den Aufschub der Nachversicherung (Nachentrichtung von Beiträgen in der Rentenversicherung der — Arbeiter —

Angestellten — § 1403 Abs. 4 RVO*) — § 125 Abs. 4 AVG* **)

I. Familienname: Vorname:

geboren am: in:

wohnhafte in:

ist am: aus einer nach — § 1229 Abs. 1 Nr. 2, 3, 4, 5 RVO — § 1231 Abs. 1 RVO — § 6 Abs. 1 Nr. 2, 3, 4, 5, 6 AVG — § 8 Abs. 1 AVG — versicherungsfreien Beschäftigung ausgeschieden.**)

Er (Sie) ist seit dem

bei

als (neuer Arbeitgeber — Dienstherr —)

beschäftigt. (neue Dienstbezeichnung, Art der neuen Beschäftigung)

Bisherige Dienstbezeichnung oder nähere Bezeichnung der ausgeübten Tätigkeit:

1. vom..... bis..... als..... bei.....

2. vom..... bis..... als..... bei.....

3. vom..... bis..... als..... bei.....

(Arbeitgeber — Dienstherr — personalbearbeitende Dienststelle der Bundeswehr)

II. Die Bruttoentgelte (einschließlich des Wertes etwaiger Sachbezüge und Nutzungen oder der Unterhaltszuschuß (vgl. § 1402 Abs. 2 RVO, § 124 Abs. 2 AVG) und die für die Nachversicherung maßgebenden Entgelte betragen in den Nachversicherungszeiten aufgeteilt nach Kalenderjahren: .

*) RVO = Reichsversicherungsordnung
AVG = Angestelltenversicherungsgesetz

***) Nichtzutreffendes streichen.

vom Tag/Monat Jahr	bis Tag/Monat Jahr	Bruttoentgelt oder Unterhaltszuschuß RM/DM	Für die Nachversicherung maßgebender Entgelt***) RM/DM

Beitragsatz im Zeitpunkt des Ausscheidens aus der versicherungsfreien Beschäftigung: v. H.

Die Nachentrichtung der Beiträge wird nach § 1403 Abs. 1 RVO bzw. nach § 125 Abs. 1 AVG aufgeschoben, weil

1.*) der Beschäftigte in eine andere, in der Rentenversicherung der Arbeiter oder der Rentenversicherung der Angestellten versicherungsfreie Beschäftigung übergetreten ist;

2.*) die aus der versicherungsfreien Beschäftigung ausgeschiedene Person

a) nicht unmittelbar, aber spätestens ein Jahr nach dem Ausscheiden in eine andere, in der Rentenversicherung der Arbeiter oder der Rentenversicherung der Angestellten versicherungsfreie Beschäftigung übergetreten ist,

b) zu einer probeweisen Beschäftigung übergetreten ist, die innerhalb von zwei Jahren nach dem Ausscheiden in eine in der Rentenversicherung der Arbeiter oder der Rentenversicherung der Angestellten versicherungsfreie Beschäftigung übergegangen ist,

— die Beiträge werden erst dann nachentrichtet, wenn beim Ausscheiden aus der zweiten oder sich anschließenden, den Aufschub begründenden Beschäftigung dem Ausscheidenden oder seinen Hinterbliebenen nach beamtenrechtlichen Vorschriften oder Grundsätzen eine lebenslängliche Versorgung oder an deren Stelle eine Abfindung nicht gewährt wird —;

3.*) der aus der versicherungsfreien Beschäftigung ausscheidenden Person oder ihren Hinterbliebenen

***) Für die Nachversicherung maßgebender Entgelt = den tatsächl. Bruttoentgelt bis zur Höhe der jeweiligen Versicherungspflichtgrenze bzw. Beitragsbemessungsgrenze, in den in § 1402 Abs. 2 RVO und § 124 Abs. 2 AVG genannten Zeiten 150 DM — Satz 1 — bzw. mindestens 150 DM — Satz 2. 3.

- a) ein Unterhaltsbeitrag auf Zeit gewährt wird,
- b) lebenslängliche Versorgung nach beamtenrechtlichen Vorschriften oder Grundsätzen zugesichert bleibt,

— die Beiträge werden erst dann entrichtet, wenn beim Eintritt des Versicherungsfalles dem Ausscheidenden oder seinen Hinterbliebenen nach beamtenrechtlichen Vorschriften oder Grundsätzen eine lebenslängliche Versorgung oder an deren Stelle eine Abfindung nicht gewährt wird —;

4.*) die versicherungsfreie Beschäftigung vorübergehend unterbrochen worden ist.

Die Entscheidung über den Aufschub hat die gemäß — § 1229 Abs. 2 RVO — § 6 Abs. 2 AVG — zuständige bzw. ermächtigte Stelle getroffen.

Az.:
(Bezeichnung der zuständigen bzw. ermächtigten Stelle) (Datum der Entscheidung)

....., den
(Ort)

(Siegel)

(Unterschrift)

Ausfertigung für den ausgeschiedenen Beschäftigten den Träger der Rentenversicherung der Arbeiter die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte

*) Nichtzutreffendes streichen.

1189

Ersatz von Sachschäden an Angestellte und Arbeiter

In Übereinstimmung mit einem Beschluß der Mitgliederversammlung der Tarifgemeinschaft deutscher Länder erkläre ich mich vorbehaltlich einer späteren tarifvertraglichen Regelung damit einverstanden, daß die für Beamte nach dem HBG maßgebenden Vorschriften über den Ersatz von Sachschäden mit Wirkung vom 1. Oktober 1963 auf unter den Geltungsbereich des BAT fallende Angestellte und auf unter den Geltungsbereich des MTL fallende Arbeiter sinngemäß angewendet werden.

Maßgebend sind danach die Vorschriften des § 94 HBG und die hierzu nach § 169 Abs. 4 ergangenen Richtlinien. Vgl. meinen Erlaß vom 25. Februar 1963 — P 1604 A — 762 — I 54 — (StAnz. S. 303). Mein daneben weitergeltender Erlaß vom 26. Oktober 1962 — P 1800 A — 6 — I 54 — (StAnz. S. 1523) betr. die Haftung Dritter ist ebenfalls zu beachten.

Die anfallenden Ausgaben sind zu Lasten von Kap. 17 02 Titel 109 zu leisten.

Wiesbaden, 8. 11. 1963

Der Hessische Minister der Finanzen
P 2003 A — 4 — I 42

StAnz. 47/1963 S. 1311

1190

Der Hessische Minister der Justiz

Einführung des Loseblatt-Grundbuchs bei der Zweigstelle Windecken des Amtsgerichts Hanau am Main

Auf Grund des § 2 Abs. 1 der Allgemeinen Verfügung über die Einrichtung und Führung des Grundbuchs (Grundbuchverfügung) vom 8. August 1935 (Reichsministerialbl. S. 637) in der Fassung der Verordnung über Grundbücher mit herausnehmbaren Einlegebogen vom 26. Juni 1961 (BAnz. Nr. 124) ordne ich an:

Bei der Zweigstelle Windecken des Amtsgerichts Hanau am Main wird das Grundbuch nicht in festen Bänden, sondern in Bänden mit herausnehmbaren Einlegebogen fortgeführt.

Wiesbaden, 5. 11. 1963

Der Hessische Minister der Justiz

3851/1 — IIIa 6186

StAnz. 47/1963 S. 1311

1191

Aufhebung der Zweigstelle Oberkaufungen des Amtsgerichts Kassel

Auf Grund des § 5 des Gerichtsorganisationsgesetzes vom 8. Februar 1961 (GVBl. S. 29) ordne ich an:

Die Zweigstelle Oberkaufungen des Amtsgerichts Kassel wird mit dem Ablauf des 31. Dezember 1963 aufgehoben.

Wiesbaden, 6. 11. 1963

Der Hessische Minister der Justiz

3211 — Ia 3801

StAnz. 47/1963 S. 1311

1192

Der Hessische Kultusminister

Gebührenordnung für die Kliniken der Philipps-Universität Marburg und der Justus-Liebig-Universität Gießen

Bezug: a) Gebührenordnung vom 20. 6. 1958 (StAnz. S. 737 u. Amtsbl. S. 270) in der Fassung vom 23. 9. 1963 (Amtsbl. S. 556 u. StAnz. S. 1177)

b) Anstaltsordnung für die Kliniken der Philipps-Universität Marburg und der Justus-Liebig-Universität Gießen vom 13. 2. 1962 (Amtsbl. S. 114 und StAnz. S. 281)

I. Der Ziffer 2 Abs. 2 der Gebührenordnung vom 20. 6. 1958 in der Fassung des Erlasses vom 23. 9. 1963 wird mit Wirkung vom 1. 10. 1963 folgender Buchstabe h) angefügt:

„h) Die Operation mit der Herz-Lungen-Maschine, für die eine Pauschale von 950,— DM zu zahlen ist. Damit sind abgegolten: Die Vorbereitung und Sterilisation der Herz-Lungen-Maschine, Labor- und Röntgenuntersuchungen, Schlauch- und Nahtmaterial, Fibrinogen.

Für Sonderwachen werden die Selbstkosten zusätzlich berechnet. Für die präoperative stationäre Behandlung werden Gebühren nach Ziff. 4 der Gebührenordnung erhoben“

II. Die Ziff. 18 der Anstaltsordnung vom 13. 2. 1962 enthält mit Wirkung vom 1. 10. 1963 folgende Fassung:

„18. Aufnahme- und Entlassungstag
Aufnahme- und Entlassungstag werden in allen Pflegeklassen mit 2 Tagen berechnet.

Bei Verlegung eines Patienten aus einem anderen Krankenhaus in eine Universitätsklinik bleibt der Aufnahme-tag unberechnet.“

Wiesbaden, 28. 10. 1963

Der Hessische Kultusminister

H 4 — 490/9 — 375

490/17

gez. Dr. von Bila

StAnz. 47/1963 S. 1312

1193

Der Hessische Minister für Wirtschaft und Verkehr

Einziehung einer Teilstrecke der Landesstraße 3131 in der Gemarkung Gießen, Landkreis Gießen, Reg.-Bez. Darmstadt

Mit Fertigstellung und Verkehrsübergabe der im Zuge der Landesstraße 3131 in der Gemarkung Gießen, Landkreis Gießen, Reg.-Bez. Darmstadt, neugebauten Straße ist die bisherige Teilstrecke der Landesstraße 3131 von km 4,800 alt neu bis km 5,054 alt (= km 5,045 neu) = 254 m, für den Verkehr entbehrlich geworden.

Sie verliert daher mit Ablauf des 30. 11. 1963 die Eigenschaft einer Landesstraße und wird eingezogen. (§ 6 des Hessischen Straßengesetzes (HStrG) vom 9. Oktober 1962 — GVBl. I S. 437 —).

Rechtsbehelfsbelehrung: Gegen die vorstehende Entscheidung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Anfechtungsklage beim Verwaltungsgericht in Darmstadt, Neckarstraße 3a, erhoben werden. Die Klage ist beim Gericht schriftlich zu erheben. Sie kann auch zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle erhoben werden. Die Klage muß den Kläger, den Beklagten, (das ist das Land Hessen, vertreten durch den Minister für Wirtschaft und Verkehr) und den Streitgegenstand bezeichnen. Sie soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben werden.

Wiesbaden, 5. 11. 1963

Der Hessische Minister für Wirtschaft und Verkehr

V d 5 — Az.: 63 a 30

StAnz. 47/1963 S. 1312

1194

Abstufung einer Teilstrecke der Kreisstraße 165 in der Ortslage Gräfenhausen, Landkreis Darmstadt, Reg.-Bez. Darmstadt

Die Teilstrecke der Kreisstraße 165 in der Ortslage Gräfenhausen, Landkreis Darmstadt, Reg.-Bez. Darmstadt, von km 4,589 alt (= km 7,947 der L 3113) bis km 4,811 alt = 222 m, hat die Verkehrsbedeutung einer Kreisstraße verloren. Sie wird mit Wirkung vom 1. 1. 1964 in die Gruppe der Gemeindestraßen abgestuft. Die Straßenbaulast für die abgestufte Strecke geht zum gleichen Zeitpunkt auf die Gemeinde Gräfenhausen über (§ 3 Abs. 1, §§ 5, 43 des Hessischen Straßengesetzes (HStrG) vom 9. Oktober 1962 — GVBl. I S. 437 —).

Rechtsbehelfsbelehrung: Gegen die vorstehende Entscheidung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Anfechtungsklage beim Verwaltungsgericht in Darmstadt, Neckarstraße 3a, erhoben werden. Die Klage ist beim

Gericht schriftlich zu erheben. Sie kann auch zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle erhoben werden. Die Klage muß den Kläger, den Beklagten (das ist das Land Hessen, vertreten durch den Minister für Wirtschaft und Verkehr) und den Streitgegenstand bezeichnen. Sie soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben werden.

Wiesbaden, 7. 11. 1963

Der Hessische Minister für Wirtschaft und Verkehr

V d 5 — Az.: 63a 30

StAnz. 47/1963 S. 1312

1195

Einziehung einer Teilstrecke der ehemaligen Landesstraße 3066 in den Gemarkungen Neu-Isenburg, Landkreis Offenbach, und Offenbach am Main, Reg.-Bez. Darmstadt

Nach Fertigstellung der im Zuge der zwischenzeitlich zu Bundesstraße 459 aufgestuften Landesstraße 3066 neugebauten Straßen in den Gemarkungen Neu-Isenburg, Landkreis Offenbach, und Offenbach am Main, Reg.-Bez. Darmstadt, ist die bisherige Teilstrecke der Landesstraße 3066 von km 1,061 alt bis km 0,725 alt = 336 m, von km 0,695 alt bis km 0,351 alt = 344 m, insgesamt = 680 m, für den Verkehr entbehrlich geworden.

Sie verliert daher mit Ablauf des 30. 11. 1963 die Eigenschaft einer Landesstraße und wird eingezogen (§ 6 des Hessischen Straßengesetzes (HStrG) vom 9. Oktober 1962 — GVBl. I S. 437 —).

Rechtsbehelfsbelehrung: Gegen die vorstehende Entscheidung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Anfechtungsklage beim Verwaltungsgericht in Darmstadt, Neckarstraße 3a, erhoben werden. Die Klage ist beim Gericht schriftlich zu erheben. Sie kann auch zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle erhoben werden. Die Klage muß den Kläger, den Beklagten (das ist das Land Hessen, vertreten durch den Minister für Wirtschaft und Verkehr) und den Streitgegenstand bezeichnen. Sie soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben werden.

Wiesbaden, 11. 11. 1963

Der Hessische Minister für Wirtschaft und Verkehr

V d 5 — Az.: 63 a 30

StAnz. 47/1963 S. 1312

nen Behälter für verdichtete, verflüssigte und unter Druck gelöste Gase — TG — gefaßt. Durch diese Beschlüsse wird der Abschnitt „G Sondervorschriften“ um die Ziffern 50—58 erweitert. Außerdem wird durch den Beschluß DGA 259/63 (Abs. I Nr. 2) die Ziffer 25 TG geändert. Meine Bekanntmachung vom 9. 8. 1961 — III c Az. 53a 10.11.0 — Tgb.-Nr. 007168/61 — (StAnz. S. 973) wird insoweit geändert.

Ich mache die Beschlüsse, nach denen zu verfahren ist, gemäß § 3 Abs. 1 der Druckgasverordnung bekannt.

Die Beschlüsse lauten:

a) Beschluß DGA 259/63 vom 5. 4. 1963 Ergänzung der Technischen Grundsätze (Ziffern 50 und 52)

„Behälter für Leuchtgas und Methan“

I. Die Technischen Grundsätze zur Druckgasverordnung — TG — werden wie folgt ergänzt und geändert:

1. Im Abschnitt „G Sondervorschriften“ wird folgender neuer Unterabschnitt angefügt:

IV Behälter für Leuchtgas und Methan

Ziffer 50 Behälter für Leuchtgas

(1) Behälter für Leuchtgas dürfen nur mit Leuchtgas gefüllt werden, dessen Gehalt an Cyanwasserstoff 0,2 g/100 Nm³ nicht übersteigt.

(2) Behälter für Leuchtgas sind bei der wiederkehrenden Prüfung nach Ziffer 25 zusätzlich einer Ultraschallprüfung zu unterziehen.

(3) Die Frist für die wiederkehrende Prüfung (Ziffer 25 Absatz 2) beträgt 2 Jahre.

(4) Vor der Umstempelung eines Behälters für Leuchtgas auf ein anderes Gas ist der Behälter einer Ultraschallprüfung zu unterziehen und gründlich zu reinigen. Die Bezeichnung „Leuchtgas“ ist zu durchkreuzen; sie darf nicht entfernt werden.

Ziffer 51 Behälter für Methan

(1) Behälter für Methan dürfen nur mit Methan gefüllt werden, das frei von Cyanwasserstoff und frei von gefährlichen Mengen Rißschäden verursachender Schwefelverbindungen ist.

(2) Alle vor dem 1. 1. 1956 in Gebrauch genommenen Behälter für Methan müssen einer Ultraschallprüfung unterzogen worden sein und zum Zeichen hierfür den besonderen Prüfstempel für die Ultraschallprüfung und das Prüfdatum tragen¹⁾.

(3) Behälter für Methan sind bei der wiederkehrenden Prüfung nach Ziffer 25 zusätzlich einer Ultraschallprüfung zu unterziehen, wenn der Verdacht besteht, daß sie nach dem 1. 1. 1956 für Leuchtgas verwendet worden sind.

(4) Die Frist für die wiederkehrende Prüfung (Ziffer 25 Absatz 2) beträgt fünf Jahre, für Fahrzeugbehälter auf Schienenfahrzeugen sechs Jahre.

(5) Vor der Umstempelung eines Behälters für Methan auf ein anderes Gas ist der Behälter einer Ultraschallprüfung zu unterziehen und gründlich zu reinigen. Die Bezeichnung „Methan“ ist zu durchkreuzen; sie darf nicht entfernt werden.

Ziffer 52 Kennzeichnung zur wahlweisen Verwendung

(1) Behälter für Leuchtgas dürfen nicht zur wahlweisen Verwendung für andere Gase gekennzeichnet werden.

2. In Ziffer 25 Abs. 2 wird

2.1 in der Aufzählung der Gase, für deren Behälter eine Prüffrist von 2 Jahren vorgeschrieben ist, das Gas „Methan“ gestrichen und

2.2 der letzte Satz²⁾ wie folgt geändert:

„Bei Fahrzeugbehältern auf Schienenfahrzeugen (Eisenbahnkesselwagen) tritt im Rahmen der vorstehenden Unterteilung an die Stelle der zweijährigen Frist eine Frist von 3 Jahren und an die Stelle der fünfjährigen Frist eine Frist von 6 Jahren; bei Fahrzeugbehältern für Leuchtgas bleibt die Frist von 2 Jahren unverändert.“

II. Die Regelung „Ultraschallprüfung der durch Spannungsrißkorrosion oder Härterisse gefährdeten Stahlflaschen“ (Bek. d. BMA vom 1. 12. 1955 — IIIc/5996/55, ArbSch. 1955

Seite 1110) ist auf Behälter für Leuchtgas und Methan nicht mehr anzuwenden.

b) Beschluß DGA 260/63 vom 5. 4. 1963 Ergänzung der Technischen Grundsätze (Ziffern 53 bis 55)

„Behälter für Fluor“

Die Technischen Grundsätze zur Druckgasverordnung — TG — werden wie folgt ergänzt:

Im Abschnitt „G Sondervorschriften“ wird folgender neuer Unterabschnitt angefügt:

V Behälter für Fluor.

Ziffer 53 Behälter- und Füllvorschriften

(1) Fluor³⁾ darf nur in Stahlflaschen, deren Prüfdruck mindestens 200 kg/cm² betragen muß, gefüllt und befördert werden.

(2) Der Überdruck der Füllung darf 28 kg/cm² bei 15° C nicht überschreiten; eine Flasche darf nicht mehr als 5 kg Fluor enthalten.

(3) Unmittelbar nach dem Füllen jeder Flasche ist das Ventil auf Gasdichtheit zu prüfen. Während der Beförderung und Lagerung müssen der Anschlußstutzen des Ventils durch eine gasdicht schließende Mutter verschlossen und das Ventil durch eine gasdicht schließende Schutzkappe geschützt sein.

Ziffer 54 Gasflaschenventile und Schutzkappen

(1) Gasflaschenventile für Fluor müssen eingegossen, eingepreßt oder eingestempelt das Herstellerzeichen und die Bezeichnung „Fluor“ tragen. Der seitliche Anschlußstutzen muß das für Chlor vorgeschriebene Gewinde „R 1“ haben.

(2) Schutzkappen müssen für einen inneren Überdruck von mindestens 40 kg/cm² bemessen sein und das eingegossene oder eingestempelte Kennzeichen „Fluor“ tragen.

Ziffer 55 Prüfung

(1) Die Frist für die wiederkehrende Prüfung der Flaschen (Ziffer 25 Absatz 2) beträgt 2 Jahre.

c) Beschluß DGA 261/63 vom 5. 4. 1963 (Ziffern 56 bis 58)

„Verzinkte Behälter“

Die Technischen Grundsätze zur Druckgasverordnung — TG — werden wie folgt ergänzt:

Im Abschnitt „G Sondervorschriften“ wird folgender neuer Unterabschnitt angefügt:

VI Verzinkte Behälter.

Ziffer 56 Behälter und zugelassene Gase

(1) Behälter, die feuerverzinkt werden, müssen aus Werkstoffen hergestellt sein, deren Eigenschaften durch das Verzinken nicht ungünstig beeinflusst werden können.

(2) Besondere Behälteröffnungen für das Feuerverzinken müssen nach dem Verzinken durch Schraubverschlüsse verschlossen und durch Weichlötlötung gedichtet werden.

(3) Behälter, die innen feuerverzinkt sind, dürfen nur für Gase verwendet werden, welche die Verzinkung nicht angreifen. Die zugelassenen Gase sind in der Anlage zu Ziffer 56 Absatz 3 genannt⁴⁾.

(4) Feuerverzinkte Behälter und flammstutzverzinkte Behälter müssen bei verdichteten Gasen hinter der Angabe des Rauminhaltes (Ziffer 16 Absatz 1 Nummer 8) und bei verflüssigten Gasen hinter der Angabe des Leergewichtes (Ziffer 15 Absatz 1 Nummer 4) die eingestempelte Bezeichnung „Z“ tragen.

Ziffer 57 Prüfung neuer feuerverzinkter Behälter

(1) Bei der Prüfung neuer feuerverzinkter Behälter (Ziffer 19) sind vorzunehmen:

die Werkstoffprüfung (Ziffern 20 und 21) an verzinkten Flaschen, bei größeren Behältern an verzinkten Proben, der Wasserdruckversuch (Ziffer 23) vor dem Verzinken, die äußere und innere Untersuchung (Ziffer 24) vor und nach dem Verzinken, die Leergewichtsbestimmung vor und nach dem Verzinken, die Prüfung des Rauminhaltes bei innen verzinkten Behältern nach dem Verzinken.

³⁾ Fluor ist ein nicht brennbares, sehr giftiges, verdichtetes Gas.

⁴⁾ Auf Antrag kann die Aufstellung nach Begutachtung durch die Bundesanstalt für Materialprüfung um weitere Gase ergänzt werden.

¹⁾ Siehe Regelung „Ultraschallprüfung der durch Spannungsrißkorrosion oder Härterisse gefährdeten Stahlflaschen“ (Bek. d. BMAuS vom 1. 12. 1955 — IIIc/5996/55, ArbSch. 1955 S. 1110).

²⁾ Vgl. Ergänzung der Ziffer 25 Absatz 2 TG durch Beschluß DAG 503/61 vom 31. 7. 1961.

(2) In der Typenbezeichnung (Ziffer 15 Absatz 2 Buchstabe e) ist das vor dem Feuerverzinken festgestellte Leergewicht des gebeizten Behälters anzugeben.

(3) Bei dem nach Ziffer 15 Absatz 1 Nummer 4 auf Behältern für verflüssigte Gase anzugebenden Leergewicht ist von dem verzinkten Behälter auszugehen.

(4) Bei serienmäßig hergestellten innen verzinkten Behältern gleicher Type für verflüssigte Gase kann im Einvernehmen mit dem Sachverständigen der Rauminhalt abweichend von Absatz 1 vor dem Verzinken festgestellt werden, wenn sichergestellt ist, daß der Rauminhalt des Behälters nach dem Verzinken gleich oder größer ist als der der Bestimmung des höchstzulässigen Füllgewichtes zugrunde gelegte Rauminhalt.

Ziffer 58 Umstempeln und Instandsetzung der Behälter, Erneuern der Verzinkung

(1) Vor dem Umstempeln innen feuerverzinkter Behälter auf andere als die in der Anlage zu Ziffer 56 Absatz 3 genannten Gase muß die Verzinkung sachgemäß entfernt und das Leergewicht nach Ziffer 15 Absatz 1 Nummer 4 und Absatz 2 Buchstabe e neu festgesetzt werden.

(2) Alle bei der Instandsetzung verzinkter Behälter erforderlichen Schweißarbeiten und Wärmebehandlungen dürfen nur durchgeführt werden, wenn die Verzinkung zuvor sachgemäß entfernt worden ist.

(3) Vor der Erneuerung einer Feuerverzinkung müssen die Behälter sachgemäß abgebeizt und anschließend einer inneren und äußeren Untersuchung, einer Prüfung des Leergewichtes (Ziffer 15 Absatz 2 Buchstabe e) und einer Wasserdruckprüfung unterzogen werden. Nach dem Verzinken muß der Behälter innen und außen untersucht werden; das Leergewicht nach Ziffer 15 Absatz 1 Nummer 4 ist neu festzusetzen.

Anlage zu Ziffer 56 Absatz 3

Behälter, die innen feuerverzinkt sind, dürfen für folgende Gase verwendet werden:

Propan,
Butan.

Wiesbaden, 1. 11. 1963

Der Hessische Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen

III c — Az.: 53a 10.11.0 — Tgb.-Nr. 005378/63

StAnz. 47/1963 S. 1313

1200

Bekanntgabe der Wahlvorschläge für die Wahl zur Delegiertenversammlung der Landesapothekenkammer Hessen

Für die Wahl zur Delegiertenversammlung der Landesapothekenkammer Hessen sind nachstehende fünf Wahlvorschläge eingereicht worden.

Wahlvorschlag 1:

Gräser, Franz, Fulda, Tannenbergsstraße 6
Dr. Stöcker, Wolfgang, Frankfurt/M., Duisbergstraße 10
Dr. Heuser, Otto, Kassel, Freiherr-vom-Stein-Straße 27
Hückmann, Ernst, Reinheim/Odenwald, Darmstädter Str. 36
Marnitz, Wolfgang, Rotenburg/Fulda, Steinweg 15
Rauff, Hermann, Darmstadt, Grüner Weg 35
Olschinka, Beate, Frankfurt/M., Grüneburgweg 8
Dr. Turck, Werner, Bad Homburg, Frankfurter Landstr. 40
Rubach, Gustav Adolf, Eschwege, Friedrich-Wilhelm-Str. 29
Prof. Dr. Janecke, Heinz, Frankfurt/M., Laubestraße 21
Schönfeld, Christa, Kassel, Friedrich-Ebert-Straße 127
Dr. Vogt, Herbert, Frankfurt/M., Karl-von-Weinberg-Str. 6
Voss, Johannes, Frankfurt/M., Hansaallee 6
Schneider, Karl Franz, Bad Hersfeld, Kaplangasse 6
Schmid, Elsbeth, Frankfurt/M., Cronstettenstraße 74
Dr. Eckert, Theo, Niedereschbach, Albert-Schweitzer-Str. 43
Ihlow, Dora, Fulda, Max-Röger-Straße 13
Lepke, Hans Heinrich, Frankfurt/M., Fahrgasse 20
Brückner, Sigrid, Oberursel, Frankfurter Landstraße 61
Kastell, Aloys, Fulda, Graf-Spee-Straße 17

Wahlvorschlag 2:

Bayer, Hans, Kirchhain, Bahnhof-Apotheke
Nikasch, Otto, Schweinsberg, Haupt-Apotheke
Spang, Karl, Darmstadt-Arheilgen, Goethe-Apotheke

Graef, Gustav, Rauschenberg, Adler-Apotheke
Keudel, Hanna, Münchhausen, Burgwald-Apotheke
Reinhard, Karl-Heinz, Gießen, Apotheke am Oswaldsgarten
Schlienbecker, Werner, Stadt Allendorf, Herrenwald-Apotheke

Wingen, Fritz, Marburg, Süd-Apotheke
Dr. Storck, Karl-Friedrich, Dillenburg, Bahnhof-Apotheke
Schmidt, Georg, Wetzlar, Taunus-Apotheke
Hahn, Hans, Cölbe, Löwen-Apotheke
Suter, Heinz, Fulda, Rosen-Apotheke
Scriba, Ernst, Walldorf, Bahnhof-Apotheke
Förster, Arthur, Kirchhain, Haupt-Apotheke
Flemming, Hans, Stadt Allendorf, Apotheke am Bahnhof
Merz, Kurt, Steinau, Rats-Apotheke
Dr. Schmitz, Alfred, Bad Nauheim, Kur-Apotheke
Thomas, Günther, Neustadt, Neue Apotheke
Dohrmann, Rolf, Sterzhäusen, Birken-Apotheke

Wahlvorschlag 3:

Salzmann, Georg Heinrich, Watzenborn-Steinberg, Schiffenberg-Apotheke
Groepfer, Werner, Frankfurt/M., Holbein-Apotheke
Dr. Gundermann, Hellmut, Frankfurt/Main., Holzhausen-Apotheke
Gebser, Rudolf, Bad Soden/Ts., Kur-Apotheke
Habrich, August, Gießen, Stadt-Apotheke
Höhle, August Wilhelm, Frankfurt/M., Dom-Apotheke
Hiepe, Mathilde, Neu-Isenburg, Rathaus-Apotheke
Knobloch, Paul, Frankfurt/M.-Höchst, Bären-Apotheke
Hünecke, Karla, Frankfurt/M., Apotheke am Riedhof
Eichentopf, Hermann, Frankfurt/M., Schönhof-Apotheke
Melchers, Adolf, Frankfurt/M., Apotheke an der Hauptwache
Klein, Alfred, Ziegenhain, Schwalm-Apotheke
Weinmann, Otto, Bad Homburg v. d. H., Marien-Apotheke
Kilian, Kurt, Laubach, Apotheke

Wahlvorschlag 4:

Tauber, Gustav, Wächtersbach, Rosen-Apotheke
Augustin, Hermann, Grebenstein, Löwen-Apotheke
Dr. Becker, Heinrich, Wiesbaden, Brunnen-Apotheke
Prof. Dr. Schmitz, Rudolf, Universität Marburg, Marburg/L.
Albrecht, Heinz-Rainer, Kassel-Kirchditmold, Weißenstein-Apotheke
Dr. Neuß, Heinz, Frankfurt/M.-Nied, Luthmer-Apotheke
Dr. Opfer, Herbert, Marburg, Neue Trauben-Apotheke
Dr. Lipp, Ernst, Bad Homburg, Stern-Apotheke
Schuffels, Peter, Fulda, Hirsch-Apotheke
Ulrich, Kurt, Friedberg, Liebig-Apotheke
Bauernfeind, Max, Kassel-Harleshausen, Rosen-Apotheke
Dr. Wantzen, Cornel, Wiesbaden, Löwen-Apotheke
Cybulla, Günther, Kassel, Stern-Apotheke
Seyberth, Wolfgang, Wiesbaden, Adler-Apotheke
Pohl, Martin, Kassel, Landgraf-Philipp-Apotheke
Sommer, Wilhelm, Weilburg, Amts-Apotheke zum Löwen
Herbener, Adolf, Korbach, Stern-Apotheke
Müller, Rudolf, Gelnhausen, Stern-Apotheke
Scheer, Ulrich, Wanfried, Rosen-Apotheke
Goldmann, Edmund, Wetzlar, Schiller-Apotheke
Reith, Max, Reichensachsen, Apotheke
Hänsel, Gerhard, Frankfurt/M., Höhen-Apotheke
Lohstötter, Edzard, Bad Wildungen, Löwen-Apotheke
Zeiger, Georg, Hanau, Zeigersche Stadt-Apotheke
Schröder, Ludwig, Melsungen, Bartenwetter-Apotheke
Milek, Günther, Fließen, Marien-Apotheke
Herbort, Heinz-Dieter, Hessisch Lichtenau, Landgrafen-Apotheke
Dr. Lubenau, Gerda, Oberkaufungen, Kunigunden-Apotheke
Spohr, Ruth, Kassel, Kölnische Straße 91

Wahlvorschlag 5:

Dr. Lürmann, Herbert, Frankfurt/M., Goethe-Apotheke
Dr. Feldhofen, Eduard, Lampertheim, Feldhofensche Apotheke
Siebert, Karl, Kassel, Löwen-Apotheke
Jost, Karl, Lorsch, Kloster-Apotheke
Schweizer, Oskar, Frankfurt/M., Carolus-Apotheke

Dr. Kalb, Oskar Edmund, Wiesbaden, Hirsch-Apotheke
 Dr. Müller, Fritz A., Schlüchtern, Alte Apotheke
 Dr. Budde, Hans, Darmstadt, Engel-Apotheke
 Dr. Coester, Bernhard, Neuhoof, Apotheke in Neuhoof
 Reisen, Paul, Bergen-Enkheim, Ried-Apotheke
 Podszus, Hans, Friedberg, Hof-Apotheke zum Mohren
 Szurmant, Alfred, Wiesbaden, Kronen-Apotheke

Dr. Kruse, Abbo, Offenbach/Main, Schwanen-Apotheke
 Dabelow, Werner, Melsungen, Rosen-Apotheke
 Dr. Dick, Hans, Wiesbaden, Oranien-Apotheke
 Frankfurt (Main), 23. 10. 1963

Der Wahlleiter für die Delegiertenversammlung der Landesapothekerkammer Hessen

StAnz. 47/1963 S. 1316

1201

Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Forsten

Anordnung betreffend die Wildschutzgebiete „Urberg“ und „Breitecke“

1. Auf Grund des § 22a des Hessischen Ausführungsgesetzes zum Bundesjagdgesetz vom 5. April 1962 (GVBl. I S. 233) in Verbindung mit § 15 der Durchführungsverordnung zum Hessischen Ausführungsgesetz zum Bundesjagdgesetz vom 23. Mai 1962 (GVBl. I S. 301) werden auf die Dauer von 12 Jahren zu Wildschutzgebieten erklärt:

a) das Revier „Urberg“ — Abteilung 501 bis 518 und zwar die Parzellen

Gemarkung Unterschwarz

Flur 2, Nr. 37, Wald „Rehgraben“; Flur 4, Nr. 1, Wald, Wiese, Unland „Der rote Rain“; Nr. 2, Wiese „Storchsdelle“; Nr. 3, Wald, Wiese, Unland „Tiergarten“; Nr. 4, Wiese, Wald „Vor dem Tiergarten“; Nr. 5, Hofreite, Garten „Der Richthof“; Nr. 6, Wiese „Unter dem Hof“; Nr. 7, Wald „Im Tiergarten“; Nr. 8, Wiese „Die Hauswiese“; Nr. 9, Garten „Der Lustgarten“; Nr. 10, Wald, Wiese, Unland „Die Grabenwiese“; Nr. 11, Wiese, Koppel, Wege, Geringstland, Unland „Unter dem Höllweg“; Nr. 12, Wiese, Wege, Unland, Geringstland „Ober dem Höllweg“; Nr. 13, Wiese, Unland, Geringstland „Kleine Hutwiese“; Nr. 14, Holzplatz, Garten, Weg, Wiese, Geringstland „Oberste Hutweide“; Nr. 15, Wald, Garten, Unland, Wildacker, Weg, Wiesen, Geringstland „An der Lied“; Nr. 17, Höllweg; Flur 5, Nr. 1/1, Wald „Rechberg“; Nr. 1/4, Acker „Am Rechberg“; Flur 6, Nr. 1, Wald „Die Hölle“; Nr. 2, Wald „Der Linsenbrunnen“; Nr. 3, Weg „Der Höllweg“; Flur 7 Nr. 1, Wald „Im Rehgraben“; Nr. 2, Wald, Wiese, Unland „Kirmeseberg“; Nr. 3, Weg; Flur 8, Nr. 1, Wald „Der Auerberg“;

Gemarkung Solms

Flur 3, Nr. 33, Weg „Richtgraben“; Nr. 34, Weg „Richtgraben“; Nr. 35, Wald „Richtgraben“; Nr. 36, Bach „Richt-

graben“; Nr. 37, Wald „Richtgraben“; Nr. 38, Bach „Richtgraben“; Nr. 39, Wiese „Richtgraben“; Nr. 40, Weg „Richtgraben“; Nr. 41, Wald „Richtgraben“; Nr. 42, Flutgraben „Richtgraben“; Nr. 43, Bach „Richtgraben“, Nr. 44, Wiese, Wald „Richtgraben“; Nr. 46, Wiese „Richtgraben“, Nr. 47, Bach „Richtgraben“; zusammen rund 212 ha.

b) im Naturschutzgebiet „Breitecke“ die Parzellen

Gemarkung Frauombach

Flur 2, Nr. 25, Wiese, Unland, die Schafwiesen genannt; Nr. 39/2, Unland „Im Ehrlich“, zusammen rund 1,7 ha.

2. Die Grenzen des Wildschutzgebietes „Urberg“ sind abgegartert und an den Eingängen und Zufahrten durch Metallschilder gekennzeichnet.

3. In diesem Gebiet ist das Betreten durch Nichtjagdausübungsberechtigte außerhalb der öffentlichen Wege während der Zeit vom 15. April bis 31. Juli und vom 15. Oktober bis 15. November untersagt. Von diesem Verbot ausgenommen sind die rechtmäßige Ausübung der Jagd und Fischerei, die Durchführung land- und forstwirtschaftlicher Arbeiten sowie der Begang durch Beauftragte oder Vertreter des Grundeigentümers.

4. Die Grenzen des Wildschutzgebietes „Breitecke“ sind durch Metallschilder gekennzeichnet. In diesem Gebiet ist die Jagd auf alles Wild während des ganzen Jahres untersagt.

5. Zuwiderhandlungen gegen Ziffer 3 und 4 dieser Anordnung werden nach § 38 Abs. 1 Nr. 10 des Hessischen Ausführungsgesetzes zum Bundesjagdgesetz mit Geldbuße geahndet.

Wiesbaden, 11. 11. 1963

Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Forsten
 Ille — II/902 — 716.04
 gez. Hacker

StAnz. 47/1963 S. 1316

1202

Personalnachrichten

Es sind

C. im Bereich des Hessischen Ministers des Innern

d) Regierungspräsident in Wiesbaden

ernannt:

zum Polizeihauptmeister die Polizeiobermeister (BaL) Kurt Bieräugel, Landrat — PK — Gelnhausen (16. 10. 1963); Josef Sperl, Landrat — PK — Gelnhausen (16. 10. 1963); zum Polizeihauptmeister die Polizeimeister (BaL) Georg Schäfer, Landrat — PK — Schlüchtern (14. 10. 1963); Hermann Schmidt, Landrat — PK — Biedenkopf (31. 10. 1963);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit die Polizeihauptwachmeister Edgar Hellmuth, Landrat — PK — Biedenkopf (22. 10. 1963); Wolfgang Koeck, Landrat — PK — Usingen (7. 10. 1963); Ferdinand Schmid, Landrat — PK — Gelnhausen (29. 10. 1963);

in den Ruhestand versetzt

Polizeihauptmeister (BaL) Friedrich Blum, Landrat — PK — Schlüchtern (1. 10. 1963); die Polizeiobermeister (BaL) Walter Kunz, Landrat — PK — Dillenburg (1. 10. 1963); Hugo Trillhose, Landrat — PK — Obertaunus (1. 10. 1963); Karl Buch, Landrat — PK — Limburg (1. 10. 1963); Polizeihauptwachmeister (BaL) Reinhold Heinrich, Landrat — PK — Gelnhausen (1. 10. 1963).

Wiesbaden, 4. 11. 1963

Der Regierungspräsident
 Dezernat I 3 LP
 StAnz. 47/1963 S. 1316

D. im Bereich des Hessischen Ministers der Finanzen

a) Ministerium

ernannt

zum Ministerialrat Regierungsdirektor (Ministerialrat a. D.) (BaL) Dr. Wilhelm Kilian (1. 7. 1963); zum Regierungsdirektor Oberregierungsrat (BaL) Hubert Grünwald (1. 8. 1963);

zum Oberregierungsrat Regierungsrat (BaL) Edmund Nahamowitz (1. 8. 1963); zum Oberregierungsbaurat Regierungsbaurat (BaL) Peter Roßbach (1. 7. 1963);

zum Regierungsoberinspektor die Regierungsinspektoren (BaL) Egon Jung (1. 8. 1963); Ludwig Ramdohr (1. 9. 1963); zum Regierungsoberbauinspektor Regierungsbauinspektor (BaL) Heinrich Balcke (1. 8. 1963);

zum Regierungsobersekretär (BaL) Regierungsssekretär (BaP) Ernst Maurer;

in den Ruhestand versetzt

Ministerialrat Dr. Walter Schönwald (1. 8. 1963); Regierungsoberinspektor Albert Walter (1. 8. 1963); Amtsrat Willi Zimmermann (1. 11. 1963);

d) Staatliche Kassenverwaltung

ernannt

zum Regierungsamtmann die Regierungsoberinspektoren (BaL) Heinrich Krug (1. 7. 1963); Friedrich Mauritius (1. 7. 1963); Adolf Schäfer (1. 7. 1963);

zum Regierungsoberinspektor die Regierungsinspektoren (BaL) Heinrich Roßner (1. 7. 1963); Gerhard König (1. 10.

1963); Walter Kohlbacher (1. 10. 1963); Heinrich Prieß (1. 10. 1963);
zum Regierungsinspektor (BaL) Regierungssekretär (BaP) Karlheinz Brede;
zum Regierungsobersekretär Regierungssekretär (BaL) Ulrich Knörk (1. 7. 1963);
zum apl. Regierungsinspektor (BaP) Regierungsinspektor-anwärter Gerhard Sappert (13. 2. 1963);
zum Regierungsinspektor-anwärter (BaW) Herbert Löw (1. 10. 1963); Dieter Schlembach (1. 10. 1963); Rüdiger Bendel (1. 10. 1963);
zum Regierungssekretär-anwärter (BaW) Wolfgang Diegel (1. 10. 1963);
berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit
Regierungsinspektor Kurt Promnitz;
in den Ruhestand versetzt
Regierungsinspektor Hans Jäger (1. 8. 1963); Regierungsinspektor Norbert Rhoden (1. 8. 1963); Regierungsobersekretär Georg Lohnes (1. 8. 1963); Regierungsobersekretär Wilhelm Murschel (1. 10. 1963);
verstorben
Regierungsoberinspektor Heinrich Münch (7. 10. 1963);

e) Hessisches Finanzgericht Kassel

in den Ruhestand versetzt
Regierungshauptsekretär Heinrich Griebmann (1. 9. 1963);
verstorben
Regierungsamtmann Max Hauschild (15. 8. 1963).

k) Vertreter der Interessen des Ausgleichsfonds

ernannt
zum Regierungsdirektor Oberregierungsrat (BaL) Herbert Schroth (1. 10. 1963);
Wiesbaden, 7. 11. 1963

Der Hessische Minister der Finanzen
P 1400 A — 26 — I 21

StAnz. 47/1963 S. 1316

F. im Bereich des Hessischen Kultusministers

d) Regierungspräsident in Wiesbaden

ernannt
zu Studienassessoren/innen (BaP) die Assessoren/innen im Lehramt (BaW bzw. BaP) Joachim Martim, Frankfurt am Main (30. 3. 1963); Detlef Süberkrüb, Wetzlar (20. 3. 1963); Karl Ludwig, Wiesbaden (22. 3. 1963); Ilse Brähler, Frankfurt/M. (27. 3. 1963); Manfred Wolf, Frankfurt/M. (29. 3. 1963); Ilse Uhlot, Wiesbaden (30. 3. 1963); Ursula Springmeyer, Biedenkopf (30. 3. 1963); Jutta Weigel, Frankfurt/M. (28. 3. 1963); Hubert Fein, Wiesbaden (20. 3. 1963); Dieter Beltz, Wiesbaden (29. 3. 1963); Horst Löwenstein, Frankfurt/M. (27. 3. 1963); Adolf Opl, Wiesbaden (26. 3. 1963); Josef Barton, Frankfurt/M. (19. 3. 1963); Werner Kra-wietz, Frankfurt/M. (30. 3. 1963); Friedrich Weber, Frankfurt/M. (30. 3. 1963); Helga von Rey, Frankfurt/M. (30. 3. 1963); Hans Wunder, Gelnhausen (20. 3. 1963); August Gath, Usingen (14. 3. 1963); Hans-Joachim Beyer, Limburg (15. 3. 1963); Karl-Heinz Maurer, Herborn (15. 3. 1963); Armin Kuhnigk, Weilburg (14. 3. 1963); Isolde Göhler, Herborn (19. 3. 1963); Uwe Weise, Hadamar (19. 3. 1963); Dr. Werner Herrmann, Wiesbaden (28. 3. 1963); Hans Ulrich Colmar, Hofheim (30. 3. 1963); Georg Bermuth, Wiesbaden (30. 3. 1963); Helga Kreutzfeld, Gelnhausen (26. 3. 1963); Dr. Norbert Pfälzter, Hanau (29. 3. 1963); Bengina Fahr, Somborn (29. 3. 1963); Elfriede Denninger, Frankfurt/M. (30. 3. 1963); Erich Blaschek, Gelnhausen (8. 3. 1963); Dr. Margrit Beyer, Usingen (30. 3. 1963); Gertrud Richter, Königstein (26. 3. 1963); Günter Dölp, Wiesbaden (21. 3. 1963); Josef Hüge, Limburg (19. 4. 1963); Klaus Hartmann, Wiesbaden (17. 4. 1963); Johannes-Anton Wittmann, Hofheim (21. 3. 1963); Adolf Wirth, Frankfurt/M. (6. 4. 1963); Hermann Frantz, Bad Homburg v. d. H. (30. 3. 1963); Erich Paetzeld, Bad Homburg v. d. H. (10. 4. 1963); Horst-Jürgen Rempel, Frankfurt/M. (18. 4. 1963); Barbara Müller, Frankfurt/M. (29. 3. 1963); Karl-Heinrich Holstein, Wetzlar (21. 3. 1963); Achim Bruggaier, Königstein (28. 3. 1963); Günter Schulze-Bunte, Frankfurt/M. (18. 4. 1963); Otto Fritsch, Frankfurt/Main (26. 6. 1963); Wilhelm Würz, Usingen (24. 8. 1963); Heinz Jamin, Frankfurt/M. (24. 8. 1963); Heinz Göring, Frank-

furt/M. (24. 8. 1963); Erika Ziegau, Usingen (7. 9. 1963); Ingeborg Pahn, Limburg (28. 8. 1963); Horst Schröder, Dillenburg (28. 8. 1963); Alfred Schmidt, Dillenburg (24. 8. 1963); Anita Meinhardt, Schlüchtern (13. 9. 1963); Gerhard Richter, Oberursel (14. 9. 1963); Ludwig Mihm, Schlüchtern (13. 9. 1963); Hildegard-Johanna Becker, Wiesbaden (6. 9. 1963); Inge-Maria Radomski, Idstein (10. 9. 1963); Alfred Bubser, Wetzlar (7. 9. 1963); Margrit Aul, Frankfurt/Main (2. 9. 1963); Joachim Peuker, Wiesbaden (31. 8. 1963); Hans Günter Dienst, Wiesbaden (18. 9. 1963); Gerhard Otte, Frankfurt/M. (16. 9. 1963); Rose Barbara Etzrodt, Frankfurt/M. (21. 9. 1963); Karl Fladung, Geisenheim (27. 9. 1963); Artur Bregel, Kronberg (23. 9. 1963); Dr. Martin Pfeifer, Hanau (27. 9. 1963); Dr. Reinhold Herrmann, Wiesbaden (28. 9. 1963); Rainer Hartung, Frankfurt/M. (20. 9. 1963); Hans Spitzley, Limburg (25. 9. 1963); Gerhard Reitz, Wiesbaden (20. 9. 1963); Lieselotte Stieler, Frankfurt/Main (20. 9. 1963); Julius Graw, Frankfurt/M. (18. 9. 1963);

zu Studienräten/innen (BaL) die Studienassessoren/innen (BaP) Heinz Reichardt, Limburg (15. 3. 1963); Wilhelm Hausmann, Wiesbaden (1. 3. 1963); Gisela Schoeller, Geisenheim (9. 4. 1963); Werner Lauter, Frankfurt/M. (18. 4. 1963); Ulrich Pfütznier, Frankfurt/M. (4. 5. 1963); Günter Sattler, Frankfurt/M. (4. 5. 1963); Dieter Lenz, Frankfurt/M. (14. 5. 1963); Reinhard Kolbe, Hofheim (15. 5. 1963); Hartmut Oehlenschläger, Biedenkopf (17. 5. 1963); Hermann Setzer, Geisenheim (3. 5. 1963); Helmut Kirschner, Königstein (14. 5. 1963); Herbert Rüscher, Wiesbaden (10. 6. 1963); Horst Krüger, Geisenheim (18. 6. 1963); Hubertine Hagenow, Geisenheim (2. 4. 1963); Herbert Krause, Bad Homburg v. d. H. (12. 6. 1963); Rudolf Kleinhenz, Frankfurt/M. (10. 6. 1963); Rolf Thierbach, Frankfurt/M. (10. 6. 1963); Irmgard Allgier, Wiesbaden (10. 6. 1963); Wolfgang Fricke, Dillenburg (1. 6. 1963); Heinz Schmidt, Hadamar (1. 6. 1963); Dieter Mulch, Wetzlar (14. 6. 1963); Eugen Caspary, Weilburg (25. 5. 1963); Berhold Egenolf, Limburg (29. 5. 1963); Lisa Baacke, Idstein (10. 6. 1963); Heinz Kamme, Weilburg (25. 5. 1963); Dr. Thusnelda Welser, Herborn (30. 5. 1963); Dr. Wilhelm Erb, Dillenburg (27. 5. 1963); Dr. Karl-Heinz Achenbach, Herborn (29. 5. 1963); Gerhard Letzel, Herborn (29. 5. 1963); Olaf Pleß, Weilburg (10. 6. 1963); Dr. Hasso Pfeiler, Frankfurt/M. (30. 7. 1963); Gerhard Maxeiner, Wetzlar (21. 8. 1963); Erwin Böhm, Idstein (21. 8. 1963); Helmut Brussatis, Wetzlar (21. 8. 1963); Lothar Scheitza, Gelnhausen (22. 7. 1963); Karl Ludwig Ross, Königstein (26. 7. 1963); Dr. Karl Heinz Berek, Bad Homburg (23. 7. 1963); Max Rothe, Biedenkopf (24. 7. 1963); Erika Brunner, Wiesbaden (15. 8. 1963); Ingeborg Felke, Geisenheim (21. 8. 1963); Hans Ditthardt, Herborn (23. 8. 1963); Dr. Andreas Kühne, Wiesbaden (16. 8. 1963); Frieda Römer, Limburg (25. 5. 1963); Dr. Hugo Schell, Wiesbaden (24. 7. 1963); Dieter Golde, Wiesbaden (9. 7. 1963); Heinrich Verfondern, Hofheim (10. 6. 1963); Ellen Becker, Frankfurt/M. (8. 11. 1962); Walter Holig-haus, Idstein (23. 8. 1963); Wolfgang Schäfer, Hanau (16. 8. 1963); Marianne Encke, Frankfurt/M. (21. 8. 1963); Walter Rudersdorf, Frankfurt/M. (12. 8. 1963); Dr. Josef Kalten-häuser, Frankfurt/M. (20. 8. 1963); Dietrich Strauß, Frank-furt/M. (21. 8. 1963); Gerhard Elsner, Frankfurt/M. (21. 8. 1963); Dr. Adele Zenker, Frankfurt/M. (21. 8. 1963); Hans-Heinrich Keller, Weilburg (27. 8. 1963); Theodor Büttel, Frankfurt/M. (16. 8. 1963); Antonius Höfer, Frankfurt/Main (21. 8. 1963); Dr. Gerhard Kirsten, Idstein (21. 8. 1963); Otto Meyer, Frankfurt/M. (6. 9. 1963); Wilfried Beyer, Frankfurt/M. (6. 9. 1963); Margot Janson, Frankfurt/Main (7. 9. 1963); Hans Reiß, Schlüchtern (31. 8. 1963); Dieter Löh-mann, Frankfurt/M. (21. 8. 1963); Hans Teuber, Frankfurt am Main (16. 8. 1963); Ingeborg Stapelfeldt, Frankfurt/M. (21. 8. 1963); Heinz Eberhard, Frankfurt/M. (21. 8. 1963); Dr. Werner Steindecke, Hofheim (21. 8. 1963); Willibald Rieger, Somborn (31. 8. 1963); Herbert Böhler, Hanau (31. 8. 1963); Margarete Berger, Hanau (29. 8. 1963); Brigitte Lange, Schlüchtern (31. 8. 1963); Wilhelm Hühn, Frankfurt/Main (21. 8. 1963); Karl Schweizer, Hanau (31. 8. 1963);
zum Studienrat (BaP) der Studienassessor (BaP) Renke Suhren, Wiesbaden (10. 6. 1963);
zur Realschullehrerin die technische Lehrerin (BaL) Eva Leder, Wiesbaden (28. 3. 1963);

zu Oberstudienräten die Studienräte (BaL) Alfred Hah-ner, Usingen (6. 5. 1963); Wilfried Kuhn, Weilburg (29. 4. 1963); Heinz Nickel, Frankfurt/M. (1. 5. 1963);

zu Oberstudiendirektoren Oberstudienrat Dr. Wilhelm Pfaff, Wetzlar (17. 4. 1963); Oberstudienrat Dr. Rüdiger Mannweiler, Usingen (21. 8. 1963); Studienrat Klaus Peuker, Hofheim (17. 9. 1963);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit die Studienräte/innen (BaP) Dr. Wolfgang Weinelt, Wiesbaden (16. 4. 1963); Gerd Brüggmann, Frakfurt/M. (26. 6. 1963); Wolfgang Brauer, Wiesbaden (28. 8. 1963); Christiane Hohn, Frankfurt/M. (20. 8. 1963); Dr. Helmut Böhm, Bad Homburg v. d. H. (6. 9. 1963); Gerhard Reyl, Limburg/Lahn (13. 9. 1963); Edith Minor-Plebau, Hofheim (18. 9. 1963);

in den Ruhestand versetzt

Oberstudienrat Wilhelm Schreuers, Frankfurt/M. (1. 4. 1963); Studienrat Otto Deutschmann, Schlüchtern (1. 9. 63); Oberstudiendirektor Dr. Rudolf Murtfeld, Frankfurt/Main (1. 10. 1963); Studienrat Gerhard Walossek, Frankfurt/M. (1. 10. 1963);

entlassen

Studienrätin Helga Schlee, Frankfurt/M. (1. 4. 1963); Studienassessorin Maria Bertinchamp, Geisenheim (1. 4. 1963);

Studienassessorin Melanie Pruggmayer, Frankfurt/Main (1. 5. 1963); Studienrätin Edelgard Hoffmeister, Geisenheim (1. 4. 1963); Studienassessorin Eva Lohse, Wiesbaden (16. 4. 1963); Studienassessorin Renate Sommer, Frankfurt am Main (1. 10. 1963); Studienrätin Elisabeth Kraft, Frankfurt/M. (1. 9. 1963); Studienrätin Helga Hecker, Königstein (1. 10. 1963); Studienrat Wilfried Fuchs, Wiesbaden (1. 10. 1963);

übergeleitet nach dem HBG in das Beamtenverhältnis auf Probe

die Studienassessoren/innen (BaW) Grete Glünz, Frankfurt/M. (26. 3. 1963); Rainer Schmidt-Marloh (2. 4. 1963); Max Rothe, Biedenkopf (24. 1. 1963);

übergeleitet nach dem HBG mit Wirkung vom 1. 4. 1962 in das Beamtenverhältnis auf Probe

der Studienrat (BaK) Dr. Wolfgang Weinelt, Wiesbaden. Wiesbaden, 7. 11. 1963

Der Regierungspräsident

P 7 — Az.: 5 e 02

StAnz. 47/1963 S. 1317

Buchbesprechungen

Lehrbuch des Verwaltungsrechts. Von Bundesrichter Privatdozent Kurt Egon von Turegg †, 4., neubearbeitete Auflage von Oberverwaltungsgerichtsrat Dr. Erwin Kraus. Oktav, XXXI, 703 S., Ganzleinen, 42 DM. Verlag Walter de Gruyter & Co., Berlin.

Der Verfasser des angezeigten Lehrbuchs, dessen frühere Auflagen an dieser Stelle eingehend gewürdigt worden sind (vgl. StAnz. 1951 S. 746, 1954 S. 321 und 1956 S. 1328), ist am 11. 7. 1956 verstorben. Dem Bearbeiter der 4. Auflage, Oberverwaltungsgerichtsrat Dr. Kraus, gebührt Dank dafür, daß er das Werk Tureggs fortführt und auf den neuesten Stand gebracht hat. Die neue Auflage berücksichtigt Gesetzgebung, Rechtsprechung und Schrifttum bis November 1961, also das bis zum Ende der 3. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages angefallene Material. Die Grundkonzeption des Werkes, die die früheren Besprechungen näher dargelegt haben, ist unangetastet geblieben. Die zahlreichen neuen Gesetze (Beamtenrechtsrahmengesetz, Bundessozialhilfegesetz, Wasserhaushaltsgesetz, Bundesleistungsgesetz, Landbeschaffungsgesetz usw.) machen vor allem eine völlige Neubearbeitung des besonderen Teils des Lehrbuchs erforderlich. Aber auch im allgemeinen Teil waren neue Gesetze wie insbesondere die Verwaltungsgerichtsordnung und die umfangreiche Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts und des Bundesverwaltungsgerichts zu berücksichtigen. Das Buch ist infolgedessen von 430 auf 703 Seiten angeschwollen, was sich leider auch im Preis bemerkbar macht. Kraus muß bescheinigt werden, daß er die Neubearbeitung in allen Teilen mit großer Sorgfalt vorgenommen hat. So wird das Lehrbuch auch in seiner neuen Gestalt ein von Lernenden und Praktikern gern benutztes Hilfsmittel bleiben.

Regierungsrat Gantz

Schaeffers Grundriß, Bd. 39: Dr. Walter Eckhardt — Otto Labus, Steuerrecht. 49.—52. Tausend. Neubearbeitete Auflage. 1963. 166 S. 8. Kartoniert 9,80 DM. Verlag W. Kohlhammer GmbH, Stuttgart.

Schaeffers Grundriß über das Steuerrecht ist in neubearbeiteter Auflage erschienen. Damit haben die Verfasser das durch seine prägnante Darstellungsweise bewährte Werk auf den neuesten Stand gebracht. Alle wichtigen Gesetzesänderungen auf dem umfangreichen und unübersichtlichen Gebiet des heute so bedeutungsvollen Steuerrechts sind berücksichtigt. Folgende gesetzliche Neuerungen hatten die Verfasser u. a. in die neue Auflage einzuarbeiten: Das Steuerberatungsgesetz vom 16. August 1961 u. das neue Steuer säumnisgesetz vom 13. Juli 1961 auf Grund des Steueränderungsgesetzes 1961 und damit im Zusammenhang die Neuregelung auf dem Gebiet der Erhebung von Stundungszinsen (§ 127a AO) sowie die Einführung von Prozeßzinsen (§§ 155, 251a AO). Weiterhin den am 1. Januar 1964 eintretenden Wegfall der Möglichkeit, daß der BFH steuerrechtliche Gutachten anfertigt, und die Erhöhung der Streitwertgrenze für die Rechtsbeschwerde an den BFH von 200 auf 1000 Deutsche Mark auf Grund des Steueränderungsgesetzes 1961. Schließlich die Einschränkung der Anwendungsmöglichkeiten des § 7b EStG durch Gesetz vom 16. Mai 1963 vom 10. Oktober 1962 an und die Verlängerung der Spekulationsfrist des § 23 Abs. 1 Ziff. 1b EStG von drei auf sechs Monate bei Veräußerungsgeschäften, die Wertpapiere betreffen.

Studenten, Finanzschüler und Praktiker werden mit Dankbarkeit zu dieser Neuaufgabe greifen. Wie bei den früheren Auflagen haben die Verfasser die pädagogische Aufgabe, die sie sich in erster Linie stellten, in hervorragender Weise erfüllt. Mit ihren knappen und klaren Formulierungen und einer kaum zu übertreffenden Systematik geben sie allen, die sich zum erstenmal mit dem Steuerrecht befassen, einen ausgezeichneten Überblick über dieses große und unübersichtliche Gebiet. Bestens geeignet ist der Grundriß aber auch als Repetitorium zur Vorbereitung auf Prüfungen an Finanzschulen und auf juristische Examina. Last not least wird der Grundriß auch dem spezialisierten Praktiker als Nachschlagewerk wertvolle Dienste leisten, wenn er sich auf Teilgebieten des Steuerrechts orientieren möchte, mit denen er sonst seltener in Berührung kommt.

Alles in allem ist es den Verfassern vollauf gelungen, den Ruf, den sich Schaeffers Grundriß über das Steuerrecht in seinen zahlreichen früheren Auflagen bereits erworben hat, aufs neue zu festigen.

Regierungsrat Heimbächer

Das Zweite Wohnungsbaugesetz (Wohnungsbau- und Familienheimsetzung) vom 27. Juni 1956. Kommentar von Fischer-Dieskau/Pergande/Schwender. Loseblattausgabe. Lieferung 13, 310 S. 31 DM. Preis für das Gesamtwerk, rund 2650 Seiten einschließlich der Lieferung 13 in 3 Leinenordnern, 98 DM. Verlagsgesellschaft Rudolf Müller, Köln-Braunsfeld.

Die 13. Ergänzungslieferung enthält eine stark überarbeitete Neufassung der Kommentierung zu den §§ 24, 69, 71, 72, 85, 87, 89, 90 und 110. Die Neukomentierung zu § 24 geht vor allem auch auf die Bürgschaftsrichtlinien des Bundes und der Länder ein. Die Kommentierung zu den §§ 69 und 71 sowie der Abdruck des Textes der Ablösungsverordnung ist wegen der dauernden Zunahme der Ablösungsfälle besonders bedeutsam. Die 13. Lieferung enthält ferner den Text der Neubaumietenverordnung 1962, der Altbaumietenverordnung, der Weisungen über Aufbaudarlehen und die Bundesrichtlinien über die Förderungsmaßnahmen „Junge Familie“.

Oberregierungsrat Vetter

Das Bundesmietrecht: Kommentar zum Ersten und Zweiten Bundesmietengesetz und den dazugehörigen Vorschriften. Von Fischer-Dieskau/Pergande/Wormit/Hurtienne. 16. Lieferung, 236 S., 23,40 DM. Das Gesamtwerk umfaßt nunmehr einschließlich der 16. Lieferung etwa 2100 Seiten, Preis komplett mit 2 Leinenordnern 98 DM. Verlagsgesellschaft Rudolf Müller, Köln-Braunsfeld.

Das Mietpreisrecht ist in einem großen Teil des Landes Hessen am 1. November 1963 aufgehoben worden. Trotzdem ist auch in diesen Gebieten das bisherige Mietpreisrecht insofern noch von Bedeutung als die Verordnung des Bundes über die angemessene erhöhte Miete vom 25. Juli 1963 Änderungen der Mietverträge hinsichtlich der Miethöhe ermöglicht und für die Durchführung der Mieterhöhung weiterhin die §§ 18 bis 21 des I. Bundesmietengesetzes anwendbar sind.

In diesem Sinne ist die ausführliche Neufassung der Kommentierung zu den §§ 18, 19, 23, 24 und 29 des I. Bundesmietengesetzes besonders bedeutsam.

Oberregierungsrat Vetter

Die betrieblichen Ruhegeldverpflichtungen von Dr. Dr. Ernst Heissmann, Rechtsanwalt und Steuerberater, Dipl.-Versicherungssachverständiger. Völlig neubearbeitete und stark erweiterte fünfte Auflage. 1963. XL und 879 S., DIN A 5. Ganzleinen 98 DM. Verlag Dr. Otto Schmidt KG, Köln.

Ernst Heissmann feierte am 26. 9. 1963 seinen 65. Geburtstag. Ihm wurden mit Recht viele Ehren zuteil (vgl. RdA 63. 383). Besonders stolz kann er jedoch auf sich selbst sein. Denn gerade rechtzeitig erschien die von ihm in allen Punkten sorgfältig überarbeitete 5. Auflage seines Werkes über die betrieblichen Ruhegeldverpflichtungen (StAnz. 1959 S. 53; 1960 S. 15; 1961 S. 482). Sie tritt als eindrucksvolles Beispiel für die Arbeitskraft des Verfassers in die Reihe der anderen Standardwerke Heissmanns zur betrieblichen Altersversorgung (siehe die Zusammenstellung im StAnz. 1962 Seite 1331). Der Verfasser, der sich so intensiv mit der betrieblichen Altersversorgung der Angestellten befaßt, muß sehr jung und aktiv geblieben sein. Sonst würde er sein Werk nicht so gut auf dem laufenden halten, aktuell gestalten und immer noch etwas verbessern können.

Die Gründlichkeit der Überarbeitung der Voraufgabe macht sich äußerlich dadurch bemerkbar, daß der Umfang des Buches weiter angestiegen ist, von 633 auf 879 Seiten. Das ist einmal darauf zurückzuführen, daß in den Anhang eine große Anzahl weiterer Texte, viele Leitsätze wichtiger Urteile und drei neue Vertragsmuster aufgenommen wurden. Dadurch und durch die Verstärkung der Anmerkungen ist die Materialsammlung, die dieses Werk zugleich darstellt, noch weiter ausgebaut worden. Zum anderen ist die Vermehrung des Umfangs darauf zurückzuführen, daß der Verfasser seine

sachlichen Ausführungen nicht nur auf den neuesten Stand gebracht und hier und da etwas ergänzt hat, sondern vor allem dadurch, daß er dem Buch ganz neue Abschnitte eingefügt hat, z. B.: über die Loyalitätsklausel (S. 100 f.), gemeint ist eine Anpassungsklausel wegen wesentlicher Änderung der Kaufkraft; Nr. 8 im Musterentwurf auf Seite 527), über allgemeines Vertragsrecht (S. 101 ff.), über die betriebswirtschaftliche Unternehmensbewertung bei Ruhegeldrückstellungen (S. 377 ff.), über die Teilhaberversicherung (S. 415 ff.), über die Einheitsbewertung und die Vermögenssteuer bei Ruhegeldverpflichtungen gegenüber Gesellschafter-Geschäftsführern (S. 461 f.), über Ruhegeldzusagen an mitarbeitende Ehegatten (S. 485 ff.) und einen rechtsvergleichenden Überblick (S. 538 ff.) Die anderen Abschnitte sind fast überall der immer wieder äußerst sorgfältig feilenden Hand des Verfassers unterworfen worden.

Dem Lob, das dem Verfasser schon wegen der Voraufgabe und wegen seiner anderen Arbeiten mit Recht zuteil geworden ist, kann ich mich nur anschließen.

Oberregierungsrat Dr. Reuß

Recht und Verwaltung in Hessen. Fundstellenverzeichnis aller im Lande Hessen geltenden Gesetze und Verordnungen sowie aller veröffentlichten Erlasse, Verwaltungsvorschriften usw. Von Dr. Kissel, Reglerungsdirektor im Hessischen Ministerium für Bundesangelegenheiten, und Dr. Best, Rechtsanwalt und Notar, Mitglied des Hessischen Landtags. 1962. 518 S. DIN A 5, Plastikordner mit Einsteckmechanik, 24,80 DM. 1. Ergänzungslieferung (Stand 15. 2. 1963). 22,08 DM. Grundwerk einschließlich 1. Ergänzungslieferung 39 DM. Seitenpreis für Ergänzungen, die jährlich etwa zweimal erscheinen sollen, 0,08 DM. Deutscher Fachschriften-Verlag, Wiesbaden-Dotzheim.

„Als die Gesetzgebung im modernen Staat geregelt wurde, wollte man der Forderung eines öffentlichen, geschriebenen, sicheren und jedermann zugänglichen Rechtes gerecht werden, im Gegensatz zum früheren Gewohnheitsrecht und zu den vielen unübersichtlichen oder unbekanntenen Weisungen des Fürsten an seine Beamten“ (Walther Burckhardt, Methode und System des Rechts, 1936, S. 277). Leider ist die vor allem durch große Kodifikationen angestrebte Übersichtlichkeit auf vielen Gebieten des öffentlichen Rechts nie erreicht worden, auf anderen Rechtsgebieten im Laufe der Zeit durch die Flut von Gesetzen und Verordnungen wieder verlorengegangen. Die in Hessen durch das Gesetz vom 6. 2. 1962 (GVBl. S. 21) durchgeführte Rechtsbereinigung hat verbindlich klargestellt, welche landesrechtlichen Vorschriften heute im Lande Hessen gelten. Sobald der Teil II des Gesetz- und Verordnungsblattes für das Land Hessen vollständig vorliegt, wird es jedem Staatsbürger möglich sein, sich in einer nach Sachgebieten geordneten Textsammlung umfassend und zuverlässig über das geltende Recht zu unterrichten.

Der damalige Referent des Hessischen Justizministeriums für das Gesetz zur Bereinigung des Hessischen Landesrechts hat gemeinsam mit dem Berichterstatter des Rechtsausschusses des Hessischen Landtags alsbald nach dem Inkrafttreten des Gesetzes das hier angezeigte Fundstellenverzeichnis herausgegeben. Dieses Verzeichnis nennt nicht nur alle in Hessen geltenden Rechtsvorschriften, sondern auch alle seit 1945 veröffentlichten Verwaltungsvorschriften, die heute noch von Bedeutung sind. Wie Ministerpräsident Dr. Zinn in seinem Geleitwort mit Recht hervorhebt, ist die Ermittlung der geltenden Verwaltungsvorschriften oft schwieriger als die Feststellung der Rechtsvorschriften, weil die Verwaltungsvorschriften noch häufigeren und stärkeren Veränderungen unterliegen. Andererseits bedarf nicht nur die Verwaltung selbst einer übersichtlichen Zusammenstellung aller Vorschriften, nach denen sie in der Praxis zu verfahren hat, sondern in gleichem oder noch höherem Maße der rechtssuchende Staatsbürger. Es ist daher sehr zu begrüßen und dankbar anzuerkennen, daß Kissel und Best sich die schwierige Aufgabe gestellt haben, alle im Lande Hessen geltenden Gesetze und Verordnungen sowie alle veröffentlichten Erlasse, Verwaltungsvorschriften usw. zusammenzustellen.

Dabei sind ihnen offensichtlich die Erfahrungen zustatten gekommen, die sie bei der Arbeit am Rechtsbereinigungsgesetz erworben haben. Ihr Werk soll, wie im Titel zum Ausdruck kommt, ein Wegweiser durch Recht und Verwaltung in Hessen sein.

Entsprechend dieser Zielsetzung enthält das Buch zunächst die Fundstellen der nach dem Rechtsbereinigungsgesetz fortgeltenden Rechtsvorschriften. Alle seit Erlaß der Vorschriften erfolgten Änderungen sind unter Angabe der betroffenen Bestimmungen ebenfalls mit ihren Fundstellen vermerkt. Das Rechtsbereinigungsgesetz selbst ist der Sammlung im Wortlaut vorangestellt. Die Gliederung des Fundstellenverzeichnisses nach Sachgebieten (Verfassung und Staatsaufbau, Rechtspflege, Allgemeine und innere Verwaltung usw.) entspricht derjenigen der Sammlung des bereinigten Hessischen Landesrechts (Teil II des Gesetz- und Verordnungsblattes). Von dem im Staatsanzeiger für das Land Hessen, im Justizministeriumsblatt für Hessen und im Amtsblatt des Hessischen Kultusministers veröffentlichten Verwaltungsvorschriften, Erlässen, Bekanntmachungen und Anordnungen sind diejenigen berücksichtigt, die noch für die Zukunft Bedeutung haben oder die bei der Abwicklung oder Beurteilung in der Vergangenheit liegender Fälle herangezogen werden müssen. Außerdem erwähnt das Buch auch solche Veröffentlichungen, die einen größeren Benutzerkreis interessieren können, z. B. Satzungen von Zweckverbänden.

Ein ausführliches Sachverzeichnis ergänzt die übersichtliche Gliederung und erleichtert die Benutzung des Fundstellenverzeichnisses. Das Werk erscheint in Loseblattform, um immer auf dem laufenden gehalten werden zu können. Damit ist die Gefahr ausgeschlossen, daß es schnell veraltet.

Die 1. Ergänzungslieferung nach dem Stand vom 15. 2. 1963 haben die Verfasser bereits vorgelegt. Die Ergänzungslieferung ist vor allem durch die vom Hessischen Landtag gegen Ende seiner 4. Legislaturperiode verabschiedeten größeren Gesetzeswerke recht umfangreich geworden. Sie mußte beispielsweise die durch das neue Hessische Beamtengesetz, die Disziplinarordnung, das Nachbarrechtsgesetz, das Straßengesetz und das Richterrechtgesetz eingetret-

nen Änderungen berücksichtigen. Auch die Fortentwicklung der Bundesgesetzgebung und ihre Auswirkung auf das Landesrecht waren zu registrieren. Die Ergänzungslieferung verzeichnet 57 neue Gesetze und Verordnungen, 59 Änderungen, 65 Aufhebungen und 3 Neufassungen von Gesetzen und Verordnungen sowie fast 1500 veröffentlichte Verwaltungsvorschriften und Erlasse.

Alle, die sich im weitesten Sinne mit hessischem Recht und hessischer Verwaltungspraxis zu befassen haben, werden künftighin auf den „Kissel-Best“ zurückgreifen müssen, dem man in Übereinstimmung mit Ministerpräsident Dr. Zinn eine weite Verbreitung wünschen möchte.

Regierungsrat Gantz

Hessisches Pressegesetz. Kommentar. Bearbeitet und herausgegeben von Ministerialrat Hans-Joachim Reh und Regierungsrat Dr. Rolf Groß. 1963. 144 S. 12,50 DM. Deutscher Fachschriften-Verlag, Mainz, Wiesbaden, Düsseldorf.

Verschiedenerlei aktuelle Anlässe wie Notstandsgesetzgebung und Spiegeldurchsuchung haben die Diskussion über das Verhältnis von Staat und Presse gewaltig belebt. Fragen nach dem Schutz der Presse vor staatlicher Einflußnahme, den inneren und äußeren Grenzen der Pressefreiheit können aber nur dann sinnvoll erörtert werden, wenn man sich zunächst die rechtliche Regelung des Pressewesens bewußt macht, wie sie im Grundgesetz den Länderverfassungen und in der Gesetzgebung zum Presserecht getroffen worden ist. Schon deshalb darf eine Kommentierung des Hessischen Pressegesetzes, das nicht selten von berufener Seite als das fortschrittlichste der ganzen Bundesrepublik bezeichnet worden ist, besondere Aufmerksamkeit erwarten. Hinzu kommt, daß das Hessische Pressegesetz, in vielen Teilen als Vorbild für den von der Ständigen Konferenz der Innenminister Anfang 1963 fertiggestellten Modellentwurf für Landespressegesetze gedient hat, nach dessen Muster voraussichtlich in nächster Zeit eine Reihe neuer Pressegesetze in anderen Bundesländern in Kraft gesetzt werden. Die erstmalige Erläuterung des hessischen Presserechts gewinnt so weit über die Landesgrenzen hinaus zunächst für die Gesetzgebungsarbeit, schließlich aber auch für die zukünftige Gesetzesanwendung in anderen Bundesländern eminenten Wert. Dies gilt umso mehr, als in dem Standardkommentar des Presserechts von Löffler lediglich das (veraltete) Reichspressegesetz sehr ausführlich erörtert wird, die neuere Gesetzgebung der Länder dagegen nur mit knappen Anmerkungen wiedergegeben ist.

Ein ausführliches Abkürzungsverzeichnis sowie der Text des hessischen Gesetzes über Freiheit und Recht der Presse in der Fassung vom 20. November 1958 sind dem Werk vorangestellt. In einer Einleitung geben Reh/Groß sodann einen knappen instruktiven Überblick über die Grundbegriffe des Pressewesens und die historische Entwicklung der Presse, die zugleich die Geschichte ihres Kampfes um Pressefreiheit darstellt. Besonderes Augenmerk widmen die Bearbeiter hier natürlich der Entstehung des Hessischen Pressegesetzes. Sie läßt deutlich werden, wie sehr Landesregierung und Landtag von Anbeginn an um die Verwirklichung der Pressefreiheit im Geiste der Verfassung bemüht waren. Daß von dem Hessischen Ministerpräsidenten zur Vorbereitung der Gesetzesnovelle von 1958 auch eine aus Universitätsprofessoren, Verlegern, Journalisten und Staatsanwälten zusammengesetzte Sachverständigenkommission herangezogen worden war, hat sich als ein Schulbeispiel guter Gesetzgebungsarbeit erwiesen.

Die Gesetzesvorschriften sind im folgenden wohl abgewogen erläutert. Soweit sich einzelne Bestimmungen — wie etwa diejenige über das Impressum — eng an das Reichspressegesetz anlehnen, haben sich die Verfasser zweckmäßigerweise auf knappe Auslegungshinweise beschränkt, denn hier kann zur Vertiefung immer noch auf eine reichhaltige Judikatur und Literatur — insbesondere dargestellt in Löfflers Presserecht — zurückgegriffen werden. Der Schwerpunkt der Erläuterungen liegt vielmehr auf den modernen Instituten des Presserechts, die dem Wesensgehalt der Pressefreiheit konkreten Ausdruck verleihen. So sind die Erläuterungen zur richterlichen Beschlagnahme zum Gegendarstellungsanspruch und zur Auskunftspflicht der Behörden besonders ausführlich gehalten, wodurch das Werk gerade für die Praxis den Wert eines einzigartigen Hilfsmittels erlangt. Eine Vielzahl ungeklärter Zweifelsfragen wird beantwortet, zahlreiche Verweisungen auf anderweitige Vorschriften, die bei der Handhabung des Pressegesetzes zu beachten sind, unterstreichen den praktischen Nutzwert des Kommentars. Die Bestimmungen des Reichspressegesetzes sind zur besseren Übersicht unmittelbar hinter den Parallelvorschriften des Hessischen Pressegesetzes abgedruckt.

Das Werk trägt allenthalben den grundrechtsnahen Charakter des Presserechts Rechnung. Vielfältige verfassungsrechtliche Aspekte werden aufgezeigt. Die Regelungsbefugnisse der Länder und des Bundes in den Grenzbereichen von Presse- und Verfahrensrecht (Pressebeschlagnahme, Zeugnisverweigerungsrecht der Presse) sind mit wissenschaftlicher Gründlichkeit abgeklärt worden.

Im Anhang des Werks sind schließlich die Verordnung über die Abgabe von Freistücken, Auszügen aus dem Hessischen Polizeigesetz, dem Strafgesetzbuch und der Strafprozeßordnung sowie die Modellentwürfe für ein Landespressegesetz (Stand vom 19. Mai 1960 und 10. Januar 1963) zusammengestellt.

Der Wirkungsbereich des Presserechts geht weit über die mit Pressefragen unmittelbar befaßten Fachkreise hinaus. So sei z. B. darauf hingewiesen, daß alle Behörden nach § 3 des Hessischen Pressegesetzes verpflichtet sind, der Presse die gewünschten Auskünfte zu erteilen und nur unter gewissen Ausnahmevoraussetzungen zur Auskunftsverweigerung berechtigt sind. Diese Bestimmung ist für das Verhältnis Behörde—Presse von grundlegender Bedeutung, und doch ist sie dort keineswegs immer bekannt.

Man kann nur wünschen, daß mit einer weiten Verbreitung des Kommentars — auch in der Verwaltung — Verständnis und Wissen um die Rechtsstellung der Presse geweckt und erweitert werden. Die Bearbeitung von Reh/Groß bietet hierfür ein der Praxis wie der Wissenschaft gleichermaßen empfehlenswertes Rüstzeug.

Regierungsrat Kreiling

Die hier besprochenen Bücher können durch den Verlag Kultur und Wissen GmbH, Abt. Buchvertrieb, Wiesbaden, Herrnühlgasse 11A, zu Originalpreisen bezogen werden.

1963

Montag, 25. November 1963

Nr. 47

Veröffentlichungen

3174

Widmung der im Zuge der Kreisstraße 163 neu gebauten Teilstrecke in der Gemarkung Gräfenhausen, Landkreis Darmstadt, Regierungsbezirk Darmstadt

Der neu gebaute Straßenteil in der Gemarkung Gräfenhausen, Landkreis Darmstadt, Regierungsbezirk Darmstadt, von km 4,732 neu bis km 5,052 neu wird gemäß § 4 Absatz 1 des Hessischen Straßengesetzes vom 9. 10. 1962 (GVBl. S. 437) mit Wirkung vom 1. 1. 1964 für den öffentlichen Verkehr gewidmet.

Sie erhält damit die Eigenschaft einer öffentlichen Straße und wird Teil der Kreisstraße 165.

Rechtsbehelfsbelehrung:
Gegen diese Entscheidung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe schriftlich oder zur Niederschrift bei dem Kreisausschuß des Landkreises Darmstadt in Darmstadt, Steubenplatz 19, Widerspruch erhoben werden. Es ist tunlich, den Widerspruch zu begründen und einen bestimmten Antrag zu stellen.

61 Darmstadt, 11. 11. 1963

Der Kreisausschuß
des Landkreises Darmstadt

Gerichtsangelegenheiten

3175

Erlaubnis zur Besorgung fremder Rechtsangelegenheiten

W 165: Dem Herrn Wilhelm H. Wiegand in Gießen, Nahrungsbeg 60, ist eine Teilerlaubnis zur Besorgung fremder Rechtsangelegenheiten einschließlich der Rechtsberatung erteilt.

Diese Teilerlaubnis als Rechtsbeistand beschränkt sich auf die geschäftsmäßige Bearbeitung von Unfall- und Haftpflichtschäden.

Die Teilerlaubnis gilt für die Stadt Gießen. Sie berechtigt aber nicht zum mündlichen Verhandeln vor Gericht.

63 Gießen, 7. 11. 1963

Der Landgerichtspräsident

3176 Aufgebote

F 8/63 — **Aufgebot:** 1. Der Schlosser Karl Deckmann in Schlierbach, 2. die Ehefrau Elise Happel, geb. Deckmann, in Treysa — vertreten durch die Rechtsanwältin Dr. Weidner und Thiele, Borken (Bez. Kassel) —, haben das Aufgebot zur Ausschließung des Eigentümers des im Grundbuch von Schlierbach Art. 41 a auf den Namen des Müllers und Ackermanns Johannes Glänzer und seiner Ehefrau Anna Katharina geb. Worch zu Schlierbach eingetragenen Grundstücks

Gemarkung Schlierbach, Flur 3, Flstck. Nr. 28, Ackerland, Vor dem Sensenberg, 31,81 Ar, Hutung, Vor dem Sensenberg, 3,00 Ar, beantragt.

Der bisherige Eigentümer wird aufgefordert, spätestens im Aufgebotstermin am Donnerstag, dem 30. Januar 1964, um 9 Uhr, im Gerichtsgebäude hier, Zimmer 13, seine Rechte anzumelden, widrigenfalls seine Ausschließung erfolgen wird.

3587 Borken (Bez. Kassel), 1. 11. 1963
Amtsgericht

3177

30 F 10/63 — 23. 10. 1963 — **Aufgebot:** Die Ehefrau Frieda Bläsing, geb. Schäfer, Wachenbuchen, Hauptstraße 40, hat gleichzeitig für ihren Ehemann Philipp Bläsing, ebenda, das Aufgebot des abhandlungsgewonnenen Grundschuldbriefes über die im Grundbuch von Wachenbuchen, Bl. 1297 in Abt. III Nr. 10 für die Kreissparkasse zu Hanau eingetragene, mit 5½ v. H. jährlich verzinsliche Grundschuld von 1600,— DM beantragt.

Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf Mittwoch, dem 5. Februar 1964, um 11 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht, Nußallee 17, Zimmer 13, anberaumten Aufgebotstermin seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunde erfolgen wird.

645 Hanau, 23. 10. 1963
Amtsgericht

3178 Güterrechtsregister

GR 267 — 31. 10. 1963: Reinhard Heß und Ehefrau Hedwig geb. Bock, Vonnhausen.

Durch notariellen Vertrag vom 9. September 1963 ist Gütertrennung vereinbart.

647 Büdingen, 31. 10. 1963
Amtsgericht

3179

GR 162 — 13. November 1963: Bäcker Wendelin Spahn und Helene geb. Mosebach, beide in Bad Orb, Hauptstraße 43.

Die Ehegatten leben in Gütertrennung.

6482 Bad Orb, 15. 11. 1963
Amtsgericht

3180

GR 1012 — 18. Oktober 1963: Die Eheleute Walter Klepsch, Textiltechniker, und Hildegard geb. Wanka, beide wohnhaft in Darmstadt, haben durch Vertrag vom 25. Juni 1963 Gütertrennung vereinbart.

GR 1013 — 24. Oktober 1963: Die Eheleute Heinz Herfurth, Automechaniker, und Gertrud geb. Reichwald, beide in Darmstadt, haben durch Vertrag vom 8. Oktober 1963 Gütertrennung vereinbart.

GR 1014 — 7. November 1963: Die Eheleute Horst Hahn, Steinmetz, und Herta geb. Weichel, beide in Darmstadt, haben durch Vertrag vom 1. Oktober 1963 Gütertrennung vereinbart.

61 Darmstadt, 13. 11. 1963
Amtsgericht

3181

5 GR 1137 — 6. 11. 1963: Ludwig Pappert, Vorarbeiter, Dietershausen, Kreis Fulda, und Maria geb. Höhner.

Durch notariellen Vertrag vom 2. Oktober 1963 ist Gütergemeinschaft vereinbart.

Das Gesamtgut verwaltet der Ehemann. Die Gütergemeinschaft wird vom überlebenden Ehegatten mit den gemeinschaftlichen Abkömmlingen fortgesetzt.

64 Fulda, 14. 11. 1963
Amtsgericht, Abt. 5

3182

GR 218: Werkzeugmacher Heinz Willführ und Schneiderin Bernhardine geb. Rittinghaus, beide wohnhaft in Geinhäusen, Röhergasse 20.

Durch Vertrag vom 26. Juli 1963 ist Gütertrennung vereinbart.

646 Geinhäusen, 8. 11. 1963
Amtsgericht

3183

Neueintragung

In unser Güterrechtsregister ist eingetragen worden:

4 GR 374 A — 12. 11. 1963: Steuerinspektor Hermann Dentel, Groß-Gerau, Justus-Liebig-Straße 4, und dessen Ehefrau Helga Maria geb. Finke, daselbst.

Durch Vertrag vom 12. September 1963 ist Gütergemeinschaft vereinbart. Das Gesamtgut wird von beiden Ehegatten verwaltet.

608 Groß-Gerau, 12. 11. 1963
Amtsgericht

3184

Neueintragung

GR 311: Albert Biba, Kraftfahrer, Bernsfeld (Krs. Alsfeld), und Ehefrau Pensonsinhaberin Lydia Biba, geb. Knöss, daselbst, haben durch Vertrag vom 30. September 1963 — errichtet vor dem Notar Erich Helm, Homberg (Krs. Alsfeld), Urk. R. 532 63 — die Gütertrennung vereinbart.

6313 Homberg (Krs. Alsfeld), 6. 11. 1963
Amtsgericht

3185

GR 251: Eheleute Landwirt Rudolf Gotthard Stock und Irma Josefa geb. Wehner in Großenmoor, Krs. Hünfeld.

Durch Vertrag vom 9. September 1963 ist Gütergemeinschaft vereinbart. Die Ehegatten verwalten das Gesamtgut gemeinschaftlich.

6418 Hünfeld, 8. 11. 1963
Amtsgericht

3186

GR 252: Eheleute Elektromonteur Leopold Krämer und Herma geb. Hanisch in Steinbach, Kreis Hünfeld.

Durch Vertrag vom 16. April 1963 ist Gütergemeinschaft vereinbart. Die Ehegatten verwalten das Gesamtgut gemeinschaftlich.

6418 Hünfeld, 8. 11. 1963
Amtsgericht

3187

GR 1075 — 12. 8. 63: Täckelburg, Klaus Jürgen, Kaufmann, Kassel, und Margret geb. Hetzel.

Gütertrennung durch Vertrag vom 22. Juni 1963.

GR 1075A — 21. 8. 1963: Acker, Wolfgang, Klempner u. Installateur, Kassel, und Sieglinde geb. Beycr.

Gütertrennung durch Vertrag vom 11. Juli 1963.

GR 1076 — 21. 8. 63: Säckl, Josef, Kaufmann, Obervellmar, und Maria geb. Patzina.

Gütertrennung durch Vertrag vom 2. Juli 1963.

GR 1076A — 22. 8. 63: Schwender, Dieter, Reisender, Kassel, und Erika geb. Milker.

Gütertrennung durch Vertrag vom 25. April 1963.

GR 1077 — 3. 9. 63: Täckelburg, Walter Hermann, Kaufmann, Kassel, und Katja Marion geb. Wilhelm.

Gütertrennung durch Vertrag vom 22. Juni 1963.

GR 1077A — 6. 9. 63: Kraft, Karl, Tankstellenpächter, Kassel, und Henriette geborene Kaufholz.

Gütertrennung durch Vertrag vom 6. August 1963.

GR 1078 — 10. 9. 63: Jaeschke, Theodor, Kaufmann, Kassel, und Hildegard geborene Hake.

Gütertrennung durch Vertrag vom 28. Juni 1963.

GR 1078A — 17. 9. 63: Schake, Heinz, Bezirksdirektor, Kassel, und Ursula geborene Schlegel.

Gütertrennung durch Vertrag vom 15. August 1963.

GR 1079 — 18. 9. 63: Seidenberg, Günther, Kraftfahrer, Wahnhausen, und Erika geborene Fichter.

Gütertrennung durch Vertrag vom 5. September 1963.

GR 1079A — 24. 9. 63: Hünermund, Engelbert, Mechanikermeister, Kassel, und Edeltraud geborene Klein.

Gütertrennung durch Vertrag vom 19. August 1963.

GR 1080 — 10. 10. 63: Ehlers, Adolf, Architekt, Kassel, und Gerda geborene Hildebrand.

Durch Vertrag vom 12. Juni 1963 ist der gesetzliche Güterstand der Zugewinnsgemeinschaft ausgeschlossen.

GR 1080A — 14. 10. 63: Knuth, Kurt, Kaufmann, Kassel, und Gerta geborene Quitzrau.

Gütertrennung durch Vertrag vom 11. Juli 1963.

GR 1081 — 15. 10. 63: Engelke, Dieter, Kraftfahrzeugmechaniker, Kassel, und Helga geborene Beyer.

Gütertrennung durch Vertrag vom 3. September 1963.

GR 1081A — 16. 10. 63: Fernau, Karl, Kaufmann, Kassel, und Ingrid geborene Ullrich.

Gütertrennung durch Vertrag vom 28. August 1963.

GR 1082 — 18. 10. 63: Löser, Horst, Bohrwerksdreher, Kassel, und Elisabeth geborene Albert geschiedene Nuhn.

Gütertrennung durch Vertrag vom 13. August 1963.

GR 1082A — 1. 11. 63: Schuhmann, Josef, Kaufmann, Heiligenrode, und Hildegard geborene Eger.

Die Ehegatten leben in Gütertrennung.

GR 1083 — 5. 11. 63: Thieme, Max Walter, Maurermeister, Kassel, und Anna Hedwig Meta geborene Höhne.

Gütertrennung durch Vertrag vom 30. September 1963.

35 Kassel, 8. 11. 1963 **Amtsgericht**

3188

Neueintragung

GR 708 — 12. November 1963: Eheleute Erich Willy Junker, Kaufmann, und Friedelore geb. Hesse, beide wohnhaft in Cappel, Neue Straße 8.

Durch notariellen Vertrag vom 22. Oktober 1963 ist unter Ausschluß des Zugewinnausgleiches Gütertrennung vereinbart worden.

355 Marburg, 12. 11. 1963 **Amtsgericht**

3189

GR 146: Bundesbahnunterhaltsarbeiter Philipp Sinning und Marga Sinning geb. Arnim, wohnhaft in Malsfeld, An der Bahn.

Rechtsverhältnis: Durch notariellen Vertrag vom 30. August 1963 ist Gütertrennung vereinbart.

3508 Melsungen, 22. 10. 1963 **Amtsgericht**

3190

GR 22: Schlosser Konrad Johannes Lippardt und Anneliese Lippardt geb. Röddiger in Willingshain, Kreis Hersfeld.

Durch notariellen Vertrag — UR 252/63 des Notars Wilhelm Spitzer in Oberaula vom 14. September 1963 — ist Gütergemeinschaft vereinbart.

Nach dem Tode eines Ehegatten soll die Gütergemeinschaft mit den gemeinschaftlichen Abkömmlingen fortgesetzt werden.

6434 Niederaula, 22. 10. 1963

**Amtsgericht Bad Hersfeld
Zweigstelle Niederaula**

3191

GR 266: Fußbodenleger Georg Paul, geb. 14. 8. 1920, und Ehefrau Anna Katharina Paul, geb. Dechert, geb. 30. 8. 1928, in Lingelbach.

Durch Vertrag vom 18. September 1963 ist Gütergemeinschaft vereinbart. Die Verwaltung des Gesamtguts steht den Eheleuten gemeinsam zu.

Eingetragen am 4. November 1963.

6435 Oberaula, 8. 11. 1963

**Amtsgericht Neukirchen
Zweigstelle Oberaula**

3192

GR 267: Schneider Hans Heipel, geb. 12. 7. 1934, und Ehefrau Tilly Ottilie Margarete Heipel geb. Scholl, in Breitenbach am Herzberg.

Durch Vertrag vom 25. September 1963 ist Gütergemeinschaft vereinbart. Die Verwaltung des Gesamtguts steht den Eheleuten gemeinsam zu.

Eingetragen am 11. November 1963.

6435 Oberaula, 13. 11. 1963

**Amtsgericht Neukirchen
Zweigstelle Oberaula**

3193

Neueintragung

Rü GR 126 — 11. Nov. 1963: Durch Ehevertrag vom 10. Oktober 1963 haben die Eheleute Hans Willi Armin Rodmann, Postoberinspektor, und Marie Luise Marta Rodmann-Barndt, geb. Barndt, in Rüsselsheim a. M., Memelstraße 7, Gütertrennung vereinbart.

609 Rüsselsheim, 11. 11. 1963

**Amtsgericht Groß-Gerau
Zweigstelle Rüsselsheim**

3194

GR 182 — 25. 10. 1963: Eheleute Andreas Ferdinand Weitz und Maria Magdalena geb. Herbert in Jügesheim Krs. Offenbach am Main.

Durch notariellen Ehevertrag vom 23. August 1963 ist die Gütertrennung aufgehoben und der gesetzliche Güterstand der Zugewinnsgemeinschaft vereinbart worden.

6453 Seligenstadt, 25. 10. 1963

Amtsgericht

3195

Neueintragung

GR 125 — Ehegatte Philipp Friedrich Jamin und Ehefrau Elfrieda Maria geb. Behra in Schlüchtern.

Durch Vertrag vom 12. März 1963 ist Gütertrennung vereinbart.

649 Schlüchtern, 13. 11. 1963 **Amtsgericht**

3196

GR 383 — 4. 11. 1963: Bauarbeiter Wilhelm Heinrich Arheilger in Seligenstadt (Hessen), Jahnstraße 30, und dessen Ehefrau Eleonore geb. Lezock, daselbst.

Der Mann hat das Recht der Frau, innerhalb ihres häuslichen Wirkungskreises seine Geschäfte zu besorgen und ihn zu vertreten, ausgeschlossen.

6453 Seligenstadt, 4. 11. 1963 **Amtsgericht**

3197

GR 384 — 8. 11. 1963: Kaufmann Herbert Paul Friedrich, geb. am 4. 3. 1935, wohnhaft in Jügesheim, Weiskircherstraße 88, dessen Ehefrau Maria Anna Katharina gesch. Kircher, geb. Kircher, geb. am 11. 2. 1930, wohnhaft daselbst.

Durch Erklärung vom 26. August 1963 besteht Gütertrennung.

6453 Seligenstadt, 8. 11. 1963 **Amtsgericht**

3198

GR 2530A — 28. 10. 63: Roszbach, Otto Valentin Wilhelm, technischer Kaufmann, und Eleonore Anna geborene Krischel in Wiesbaden

Durch Ehevertrag vom 31. August 1963 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 2531 — 28. 10. 63: Dielmann, Friedrich, Schlosser, und Inge geborene Dörn in Wiesbaden-Biebrich.

Durch Ehevertrag vom 29. August 1963 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 2532A — 5. 11. 63: Dr. Tobias, Harald Paul, und Ilse Ida geborene Krüger in Wiesbaden.

Durch Ehevertrag vom 26. August 1963 ist Gütergemeinschaft vereinbart. Folgende Besonderheiten gelten gegenüber der gesetzlichen Regelung: Das bei der Eheschließung vorhandene Vermögen eines jeden Ehegatten wird zum Vorbehalts-

gut. Es soll ferner dasjenige sein, was einer der Ehegatten von Todes wegen erwirbt, unabhängig davon, ob es vom Erblasser zum Vorbehaltsgut des Erben bestimmt worden ist. Vorbehaltsgut wird insbesondere a) das Vermögen des Ehemannes, bestehend aus einem PKW, VW, Baujahr 1961; b) das Vermögen der Ehefrau bestehend aus Einrichtung einer Dreizimmerwohnung (2 Wohnzimmer, 1 Schlafzimmer, 1 Küche mit Wäsche, Geschirr und Silber).

GR 2533A — 7. 11. 63: Beyer, Gerhard, Eisenbieger, und Margarete geborene Perchtold in Wiesbaden.

Durch Ehevertrag vom 15. Oktober 1963 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 2534A — 7. 11. 63: Friedrich, Erich Martin, Kaufmann, Wiesbaden-Bierstadt, und Eva Renate geborene Küchenberg, Dolmetscherin in Wiesbaden.

Durch Ehevertrag vom 16. Juli 1963 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 2535A — 7. 11. 63: Linz, Robert, Kaufmann, und Jakoline Elisabeth geborene Frank in Wiesbaden.

Durch Ehevertrag vom 8. Oktober 1963 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 2536A — 7. 11. 63: Eißmann, Herbert, Monteur, und Inge geborene Hofmann in Wiesbaden-Biebrich.

Durch Ehevertrag vom 23. Oktober 1963 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 2537A — 13. 11. 63: Bouffier, Klaus, Augenoptikermeister, und Waltraud geborene Sommer in Wiesbaden.

Durch Ehevertrag vom 3. Oktober 1963 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 2538A — 13. 11. 63: Lanz, Siegfried, Kaufmann, und Hannelore geborene Rösing in Mainz-Kastel.

Durch Ehevertrag vom 19. September 1963 ist Gütertrennung vereinbart.

62 Wiesbaden, 13. 11. 1963 **Amtsgericht**

3199 Nachlaßsachen

VI 151/63: Die Verwaltung des Nachlasses des am 17. Juni 1963 in Semd (Odw.) verstorbenen, zuletzt in Michelstadt wohnhaft gewesenen Journalisten Heinrich Oskar Kraft, ist angeordnet (Beschluß vom 22. 8. 1963).

Nachlaßverwalter ist der Rechtsanwalt und Notar Dr. Herbert Müller, Michelstadt, Bahnhofstraße 34.

612 Michelstadt (Odw.), 12. 11. 1963 **Amtsgericht**

3200 Musterschutzregister

Neueintragung

MR 328 — 1. November 1963: Karlhans Krohn, Dillenburg, Am Forstdenkmal 1. Handschlagball (Indiaca-Ball).

Die Außenhaut des kegelförmigen Ballkörpers ist aus zwei Kunststoff- oder Lederteilen gefertigt. Plastisches Erzeugnis, Schutzfrist 3 Jahre. Tag und Stunde der Anmeldung: 1. November 1963, um 14.54 Uhr.

634 Dillenburg, 1. 11. 1963 **Amtsgericht**

3201 Vereinsregister

Neueintragung

VR 76 — 14. November 1963: Fremdenverkehrsverband Landkreis Dieburg; Sitz: Dieburg.

611 Dieburg, 14. 11. 1963 **Amtsgericht**

3202

VR 553 — 31. Oktober 1963: Deutscher Frauenring, Ortsverband Darmstadt e. V., in Darmstadt.

61 Darmstadt, 13. 11. 1963 **Amtsgericht**

3203

VR 32 — In das Vereinsregister wurde heute eingetragen:

Verein für Jugend- und Erwachsenenhilfe Grünberg, im Diakonischen Werk in Hessen und Nassau e. V. mit dem Sitz in Grünberg (Hessen).

Die Satzung ist am 16. September 1963 errichtet worden.

1. Vorsitzender: Pfarrer Fischer, Niedergemünden.

2. Vorsitzender: Frau Anna Clemm, Grünberg.

631 Grünberg, 11. 11. 1963 **Amtsgericht**

3204

Neueintragung

VR 62 — In das Vereinsregister wurde am 5. November 1963 unter Nr. 62 eingetragen:

Verein für Jugend- und Erwachsenenhilfe Nidda (Oberhessen) im Diakonischen Werk in Hessen und Nassau e. V. Sitz: Nidda.

6478 Nidda, 5. 11. 1963 **Amtsgericht**

3205

Neueintragung

VR 63 — In das Vereinsregister wurde am 5. November 1963 unter Nr. 63 eingetragen:

Theaterverein Hungen e. V., Sitz: Hungen.

6478 Nidda, 5. 11. 1963 **Amtsgericht**

3206

Neueintragung

VR 20: Tierschutzverein Neukirchen (Knüll) eingetragener Verein.

Sitz: Neukirchen, Kreis Ziegenhain.

3579 Neukirchen (Krs. Ziegenhain), 30. 10. 63 **Amtsgericht**

3207

VR 661 — 17. 10. 63: Freie Hochschule für Politik, Wiesbaden. Dem Verein ist gemäß § 73 BGB die Rechtsfähigkeit entzogen.

Neueintragungen

VR 960 — 23. 10. 63: Gesamtdeutsche Partei/BHE Kreisverband Wiesbaden, Wiesbaden.

VR 961 — 23. 10. 63: Sportgemeinschaft 1953 „Süd“, Wiesbaden.

62 Wiesbaden, 15. 11. 1963 **Amtsgericht**

3208 Vergleiche — Konkurse

6 N 37/60: In dem **Anschluß-Konkursverfahren** über das Vermögen der Firma Philipp Haas KG, vorm. Haas & Bernhardt, Darmstadt, wird das Verfahren nach Abhaltung des Schlußtermins gemäß § 163 KO aufgehoben.

61 Darmstadt, 6. 11. 1963 **Amtsgericht, Abt. 61**

3209

Beschluß

81 N 185/63: In dem **Konkursverfahren** über das Vermögen des Kaufmanns Rolf Schröder, Frankfurt (Main), Nesenstr. 5, wird Termin zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters, zur Erhebung

von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis, zur Prüfung nachträglich angemeldeter Forderungen, zur Abstimmung über den Zwangsvergleichsvorschlag des Gemeinschuldners vom 30. 10. 1963 sowie zur Anhörung über die Einstellung des Verfahrens nach § 204 KO für den Fall, daß der Zwangsvergleich nicht zustande kommt, auf den 29. November 1963 um 14 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt (Main), Große Friedberger Straße 7—11, V. Stock, Zimmer 507 anberaumt.

Für den Konkursverwalter werden festgesetzt: 500,— DM Vergütung; 12,— DM Auslagen.

6 Frankfurt (Main), 8. 11. 1963

Amtsgericht, Abt. 81

3210

1 N 359: In dem **Konkursverfahren** über das Vermögen des Wilfried Wick, Hundstadt (Taunus), Hauptstraße 20a, soll die Schlußverteilung stattfinden.

Es stehen hierfür 18 793,98 zur Verfügung. Von diesem Betrag gehen noch die Kosten des Verfahrens ab. Es sind zu befriedigen, Vorrechtsforderungen 12 1425,— DM, I 3 142,50 DM und nicht bevorrechtigte Forderungen 39 331,72 DM.

Das Schlußverzeichnis liegt auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Usingen (Taunus) offen.

6 Frankfurt (Main), 13. 11. 1963

Der Konkursverwalter
Helmut Burghardt
Rechtsbeistand

3211

Beschluß

81 N 134 60: In dem **Konkursverfahren** über das Vermögen des Kaufmanns Johann August Hans Freund, Idstein, Wiesbadener Straße 57, alleinigen Inhabers der Firma Hans Freund, Pelzkonfektion, Frankfurt (Main), Niddastr. 57, wird Termin zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis, zur Beschlußfassung über nicht verwertbare Gegenstände sowie zur Prüfung nachträglich angemeldeter Forderungen auf den 13. Dezember 1963 um 11.00 Uhr vor dem Amtsgericht Frankfurt (Main), Große Friedberger Straße 7—11, V. Stock, Zimmer 507 anberaumt.

Für den Verwalter werden festgesetzt: Vergütung 3000,— DM, Auslagen 135,65 Deutsche Mark.

6 Frankfurt (Main), 12. 11. 1963

Amtsgericht, Abt. 81

3212

81 N 292 63 — **Konkursverfahren**: Über das Vermögen der Statex Handelsgesellschaft mbH, Im- und Export, Großhandel und Einzelhandel, Frankfurt (Main), Eysseneckstraße Nr. 38, wird heute, am 12. November 1963 um 15.10 Uhr Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt H. W. Naumann, Frankfurt (Main), Schäfergasse Nr. 18, Tel.: 2 57 76.

Konkursforderungen sind bis zum 10. 12. 1963 zweifach schriftlich, Zinsen mit dem bis zur Eröffnung errechneten Betrag bei Gericht anzumelden. Erste Gläubigerversammlung mit Tagesordnung nach §§ 80, 87 II, 132, 134, 137 KO am 6. Dezember 1963 um 9.00 Uhr, Prüfungstermin: 10. Januar

1963 um 9.30 Uhr vor dem Amtsgericht Frankfurt (Main), Große Friedberger Straße 7—11, V. Stock, Zimmer 507.

Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis 10. Dezember 1963 ist angeordnet.

6 Frankfurt (Main), 14. 11. 1963

Amtsgericht, Abt. 81

3213

Bekanntmachung über eine Nachtragsverteilung

81 N 291/51: in dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma M. A. Delbrück & Co., KG, Bleche- und Eisenwaren, in Frankfurt am Main, Eschenheimer Anlage 23, — Az.: 81 N 291/51 AG Ffm. — soll eine Nachtragsverteilung erfolgen.

Die zur Verteilung gelangende Masse beträgt 1335,— DM.

6 Frankfurt (Main), 12. 11. 1963

Der Konkursverwalter

gez. Masche, Rechtsanwalt

3214

Beschluß

81 N 127/62: In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Friedrich Schorkopf, Inhaber des Textilgeschäftes Friedrich Schorkopf, Frankfurt (Main)-Höchst, Bolongarostraße 141, wird die Vornahme der Schlußverteilung genehmigt und der Schlußtermin auf Freitag, den 13. Dezember 1963 um 9.30 Uhr vor dem Amtsgericht Frankfurt (Main), Große Friedberger Straße 7—11, V. Stock Zimmer 507, anberaumt.

Der Termin dient zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen, sowie zur Prüfung nachträglich angemeldeter Forderungen.

Die Vergütung des Verwalters wird auf 2500,— DM, die ihm zu erstattenden Auslagen werden auf 100,— DM festgesetzt.

6 Frankfurt (Main), 12. 11. 1963

Amtsgericht, Abt. 81

3215

Beschluß

81 N 266/63: Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Jakob Dies KG, Frankfurt (Main), Gwinnerstraße 30, wird mangels einer den Kosten entsprechenden Masse eingestellt, § 204 KO.

Die Vergütung des Konkursverwalters wird auf 500,— DM, seine Auslagen werden auf 15,— DM festgesetzt.

6 Frankfurt (Main), 11. 11. 1963

Amtsgericht, Abt. 81

3216

Beschluß

81 N 287/60: Das Konkursverfahren über das Vermögen der Automobil- und Motoren-Handelsgesellschaft mbH & Co., KG, Frankfurt (Main), Jahnstraße 62, früher: Frankenallee 98—102, wird nach Abhaltung des Schlußtermins hiermit aufgehoben.

Für die Mitglieder des Gläubigerausschusses wurden festgesetzt: a) Vergütung, b) Auslagen: 1. Herr RA Dr. Weyrich a) 72,— DM; 2. Herr Becker, Ffm. a) 96,— Deutsche Mark, b) 3,— DM.

6 Frankfurt (Main), 8. 11. 1963

Amtsgericht, Abt. 81

3217

81 N 19/60: Im Konkursverfahren über das Vermögen der Rauch- und Pelzwaren-Handelsgesellschaft mbH in Frankfurt (Main), soll die Schlußverteilung stattfinden.

Zur Verfügung stehen 4451,99 DM. Daraus sind etwaige restliche Gerichtskosten, die Kosten dieser Veröffentlichung, sowie die Gebühren und Auslagen des Konkursverwalters zu decken, weiter sind 2926,78 Deutsche Mark Forderungen mit Vorrecht nach § 61 Ziff. 1 KO zu berücksichtigen, sodann 18 827,38 DM Forderungen mit Vorrecht nach § 61 Ziff. 2 KO und schließlich würden zu berücksichtigen sein 77 777,15 Deutsche Mark nicht bevorrechtigte Forderungen.

Schlußbericht, Rechnungslegung, die Liste der zu berücksichtigenden Gläubiger liegen bei der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Frankfurt am Main unter 81 N 19/60 zur Einsicht aus.

6 Frankfurt (Main), 15. 11. 1963

Der Konkursverwalter

Dr. Wutzler
Rechtsanwalt

3218

81 N 261/57: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der INWOG Treuhandgesellschaft für Aufbau und Verwaltung mbH, Frankfurt am Main, Münchener Straße 54 — Az. 81 N 261/57 — soll die Schlußverteilung stattfinden.

Die verfügbare Masse beträgt 528 085,75 Deutsche Mark, wovon die Kosten der Veröffentlichung, die Gerichtskosten, Kosten des Konkursverwalters pp. in Abzug zu bringen sind.

Zu berücksichtigen sind 1 355 537,92 DM nichtbevorrechtigte Forderungen. Das Verzeichnis der zu berücksichtigenden Forderungen liegt auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Frankfurt am Main — Konkursabteilung — zur Einsichtnahme für die Beteiligten aus.

6 Frankfurt (Main), 12. 11. 1963

Der Konkursverwalter

gez. Dr. Amend
Rechtsanwalt

3219

44 VN 2/63 — Vergleichsverfahren: Die Firma Stahl- und Metallbau Trommer KG hat den am 23. 10. 1963 gestellten Antrag auf Eröffnung des Vergleichsverfahrens am 8. 11. 1963 zurückgenommen.

Das Amt des vorläufigen Vergleichsverwalters Dr. Eugen Magnus ist beendet.

63 Gießen, 8. 11. 1963

Amtsgericht

3220

7 VN 3/54 — Vergleichsverfahren: Das festgesetzte Vergleichsverfahren über das Vermögen des Fabrikanten Wilhelm Jung, Alleininhaber der handelsgerichtlich eingetragenen Firma Andreas Euler, Gießen, Steinstraße 7, ist nach Erfüllung des Vergleichs vom 7. Januar 1955 aufgehoben.

Die vom Vergleichsverwalter und dem Schuldner mit den jeweiligen Erwerbern abgeschlossenen Kaufverträge vom 27. 4. 1959 und 3. 8. 1962 über die Grundstücke Hof- und Gebäudefläche, Steinstraße 7, Größe 21,69 Ar, (Fl. 1, Nr. 1238/2), und Hof- und Gebäudefläche, Nordanlage 7, Größe 4,68 Ar, (Fl. 2, Nr. 136/5)

werden genehmigt. Die Verfügungsbeschränkungen sind aufgehoben.

63 Gießen, 29. 10. 1963

Amtsgericht

3221

VN 1/63 — Vergleichsverfahren: Der Bauunternehmer Gerhard König in Groß-Umstadt, Untere Marktstr. 17, hat seinen am 14. 10. 1963 gestellten Antrag auf Eröffnung des Vergleichsverfahrens zurückgenommen.

Das Amt des vorläufigen Verwalters, des vereidigten Sachverständigen Karl Polkin, Offenbach (Main), ist beendet. Das am 14. 10. 1963 erlassene allgemeine Veräußerungsverbot wird aufgehoben.

6114 Groß-Umstadt, 14. 11. 1963

Amtsgericht

3222

Beschluß

40 VN 2/58: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Franz Volk & Sohn in Hanau wird die Vornahme der Schlußverteilung genehmigt und Schlußtermin auf den 13. Januar 1964 um 14 Uhr, Zimmer 13, bestimmt.

Der Termin dient zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen sowie zur Anhörung der Gläubiger über die Höhe der Vergütung an die Mitglieder des Gläubigerausschusses.

Die Vergütung des Konkursverwalters einschl. Auslagen wird auf 2380,— DM festgesetzt.

645 Hanau, 11. 11. 1963

Amtsgericht, Abt. 40

3223

Beschluß

40 N 10/58: in dem Konkursverfahren über das Vermögen des Spenglermeisters Franz Volk in Hanau wird die Vornahme der Schlußverteilung genehmigt und Schlußtermin auf den 13. Januar 1964 um 14 Uhr, Zimmer 13, bestimmt.

Der Termin dient zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen sowie zur Anhörung der Gläubiger über die Höhe der Vergütung an die Mitglieder des Gläubigerausschusses.

Die Vergütung des Konkursverwalters einschl. Auslagen wird auf 1125,— DM festgesetzt.

645 Hanau, 11. 11. 1963

Amtsgericht, Abt. 40

3224

50 N 22/61: Das am 19. Mai 1961 um 13.30 Uhr eröffnete Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Heinrich (genannt Henner) August Wilhelm Kaufholdt, Kassel, Lutherplatz 3, zuletzt wohnhaft in Braunschweig, Sollingstr. 20, ist in den Nachlaßkonkurs übergeleitet, da der Gemeinschuldner am 19. Juli 1963 verstorben ist.

Zum Nachlaßpfleger für die unbekanntenen Erben des bisherigen Gemeinschuldners ist durch Beschluß des Amtsgerichts Braunschweig vom 7. 11. 1963 — 31 VI

1554/63 — Herr Wilhelm Meyer, Braunschweig, Magnitorwall Nr. 8, bestellt worden.

35 Kassel, 11. 11. 1963 **Amtsgericht**

3225

N 5/63 — **Anschlußkonkursverfahren:** Der Antrag des Kaufmanns Felix Klitzsch, Spinnerei und Weberei in Sachsenberg (Krs. Waldeck), über sein Vermögen das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses zu eröffnen, wird abgelehnt, weil der Vergleichsvorschlag seiner Vermögenslage nicht entspricht (§ 18 Nr. 3 VerglO).

Zugleich wird gemäß §§ 19, 102 der Vergleichsordnung heute, am 14. November 1963, um 17 Uhr, das Anschlußkonkursverfahren über das Vermögen des Antragstellers eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Dr. Reerink, Korbach. Konkursforderungen sind bis zum 2. 12. 1963 bei dem Gericht anzuzeigen (in doppelter Ausfertigung).

Erste Gläubigerversammlung mit Tagesordnung der §§ 110, 132, 134, 137, 204 KO, am 27. November 1963, um 10.45 Uhr, und allgemeiner Prüfungstermin am 16. Januar 1964, um 11.45 Uhr, vor dem Amtsgericht Korbach, Hagenstraße 2, Zimmer Nr. 25.

Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis zum 25. November 1963.

354 Korbach, 14. 11. 1963 **Amtsgericht**

3226

N 4/63 — **Konkursverfahren:** Über das Vermögen des Gastwirts Georg Michael Balaszskul und seiner Ehefrau Ursula Balaszskul geb. Pollnau, beide wohnhaft in Rhenege (Kr. Waldeck), Pächter des Hotels „Sonnenhof“, ist heute, am 12. November 1963 um 12.00 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet worden.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Dr. Reerink, Korbach. Konkursforderungen sind bis zum 27. November 1963 beim Amtsgericht in zweifacher Ausfertigung anzumelden.

Erste Gläubigerversammlung am 27. November 1963 um 10.00 Uhr und Prüfungstermin am 16. Januar 1964 um 11.00 Uhr vor dem Amtsgericht Korbach, Hagenstraße 2, Zimmer 25.

Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis zum 27. November 1963.

354 Korbach, 12. 11. 1963 **Amtsgericht**

3227

Beschluß

7 N 44/63 — **Konkursverfahren:** Das am 9. 8. 1963 eröffnete Konkursverfahren über das Vermögen des Ewald Rollberg, Fuhr- und Baggerbetrieb in Offenbach (Main), Geleitstr. 79, wird mangels einer den Kosten des Verfahrens deckenden Masse eingestellt.

Schlußtermin wird anberaumt auf Mittwoch, den 18. 12. 1963 um 10.30 Uhr vor dem Amtsgericht in Offenbach (Main), Kaiserstraße 16, Zimmer 34.

Der Termin dient zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters. Die Vergütung des Konkursverwalters wird festgesetzt auf 550,— DM, die Auslagen auf 83,10 DM.

605 Offenbach (Main), 11. 11. 1963
Amtsgericht, Abt. 7

3228

Beschluß

N 16/56: In dem aufgehobenen **Konkursverfahren** über das Vermögen des Andreas Malsy II. in Froschhausen, werden die nachträgliche Vergütung des Konkursverwalters auf 86,60 DM, seine nachträglichen Auslagen auf 5,70 DM festgesetzt.

6453 Seligenstadt, 15. 11. 1963 **Amtsgericht**

3229

Beschluß

62 N 46/61: In dem **Konkursverfahren** über das Vermögen der Frau Irene von Scheidt, Inhaberin der Universum-Buchhandlung K. A. von Scheidt, in Wiesbaden, Kaiser-Friedrich-Ring 67, wird die Vornahme der Schlußverteilung genehmigt und Schlußtermin auf Montag, den 16. Dezember 1963 um 9 Uhr, vor dem Amtsgericht Wiesbaden, Zimmer 304, bestimmt.

Der Termin dient zur Abnahme der Schlußrechnung, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen sowie zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen.

62 Wiesbaden, 11. 11. 1963 **Amtsgericht**

3230

Beschluß

62 N 49/62: Das **Konkursverfahren** über das Vermögen der Firma Gefra, Gesellschaft für rationelle Arbeitsverfahren mbH in Wiesbaden-Biebrich, Dotzheimer Straße 2, wird nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben.

62 Wiesbaden, 11. 11. 1963 **Amtsgericht**

Zwangsversteigerungen

Sammelbekanntmachung. Ist ein Recht im Grundbuch nicht oder erst nach dem Versteigerungsvermerk eingetragen, muß der Berechtigte es anmelden, bevor das Gericht im Versteigerungstermin zum Bieten auffordert, und auch glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Sonst wird das Recht im geringsten Gebot nicht berücksichtigt, und erst nach dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten befriedigt.

Die Gläubiger werden aufgefordert, sobald spätestens zwei Wochen vor dem Termin eine Berechnung der Ansprüche — getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten — einzureichen und den beanspruchten Rang mitzutellen. Der Berechtigte kann dies auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle erklären.

Wer berechtigt ist, die Versteigerung des Grundstücks oder seines Zubehörs (§ 55 ZVG) zu verhindern, kann das Verfahren aufheben oder einstweilen einstellen lassen, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Versäumt er dies, tritt für ihn der Versteigerungserlös an Stelle des Grundstücks oder seines Zubehörs.

3231

84 K 2/63: Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen

I. die im Grundbuch vom Frankfurt (Main), Bezirk 38, Band 37, Blatt 1518 eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 1, Flur 24, Flurstück 88, Im Metzel, Gartenland, 2,20 Ar,

lfd. Nr. 2, Flur 17, Flurstück 148, Auf dem Käseberg, Gartenland, 10,32 Ar,

lfd. Nr. 3, Flur 27, Flurstück 22, Im Herrenwäldchen, Gartenland, 3,57 Ar,

lfd. Nr. 5, Flur 24, Flurstück 89, Im Metzel, Gartenland, 2,21 Ar,

lfd. Nr. 6, Flur 27, Flurstück 23, Im Herrenwäldchen, Gartenland, 3,77 Ar,

lfd. Nr. 11, Flur 32, Flurstück 142, Gartenland, Bachwiesen, 3,84 Ar,

lfd. Nr. 13, Flur 26, Flurstück 208, Gartenland, Im alten Berg, 5,30 Ar,

lfd. Nr. 14, Flur 28, Flurstück 21, Gartenland, Im Kläshansensteg, 3,40 Ar,

lfd. Nr. 15, Flur 32, Flurstück 141, Gartenland, Bachwiesen, 7,46 Ar,

II. ferner die auf den Namen des Gärtners Daniel Krämer eingetragenen ideellen Hälften der im Grundbuch von Frankfurt (Main), Bezirk 38, Band 39, Blatt 1604 eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 12, Flur 32, Flurstück 133/1, Hof- und Gebäudefläche, Gräfendeichstraße 35, Größe 3,36 Ar,

lfd. Nr. 13, Flur 32, Flurstück 133/2, Bauplatz, Wiener Pfad, 3,87 Ar,

lfd. Nr. 14, Flur 32, Flurstück 136/1, Ackerland, Bachwiesen, 2,63 Ar,

am 29. Januar 1964 um 9 Uhr im Gerichtsgebäude Frankfurt (Main), Große Friedberger Straße 7—11, Zimmer 507, V. Stock, versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer der Grundstücke vorstehend zu I. am 23. 4. 1963 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks): Gärtner Daniel Krämer in Ffm.-Oberrad; eingetragener Eigentümer der ideellen Grundstückerhälften vorstehend zu II. am 25. 4. 1963 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks): Gärtner Daniel Krämer in Frankfurt (Main) (Eigentümerin der anderen ideellen Hälften: dessen Ehefrau Margot Krämer geborene Satorl).

Der Wert wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt hinsichtlich der Grundstücke vorstehend zu I.:

lfd. Nr. 1, auf 2200,— DM; lfd. Nr. 2, auf 8256,— DM; lfd. Nr. 3, auf 3570,— DM; lfd. Nr. 5, auf 2210,— DM; lfd. Nr. 6, auf 3770,— DM; lfd. Nr. 11, auf 3640,— DM; lfd. Nr. 13, auf 5300,— DM; lfd. Nr. 14, auf 2380,— DM; lfd. Nr. 15, auf 7460,— DM;

hinsichtlich der Grundstückerhälften vorstehend zu II.:

lfd. Nr. 12, auf 50 000,— DM; lfd. Nr. 13, auf 10 642,50 DM; lfd. Nr. 14, auf 1315,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

6 Frankfurt (Main), 22. 10. 1963
Amtsgericht, Abt. 84

3232

K 29/62: Die im Grundbuch von Reichelsheim, Band 14, Blatt 796, Band 16, Blatt 912, eingetragenen Grundstücke und Grundstückshälften

a) Blatt 796

lfd. Nr. 1, Gemarkung Reichelsheim, i. d. W., Flur I, Flurstück 540, Gartenland, Hinter dem Gänspfuhl, 5,78 Ar,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Reichelsheim, i. d. W., Flur V, Flurstück 41, Ackerland, Mittlere Pflugweggewann, 24,91 Ar,

lfd. Nr. 3, Gemarkung Reichelsheim, i. d. W., Flur VII, Flurstück 25, Ackerland, Die Kettenweiden, 33,99 Ar,

lfd. Nr. 4, Gemarkung Reichelsheim, i. d. W., Flur I, Flurstück 14, Hof- und Gebäudefläche, Neugasse 2, Größe 3,70 Ar,

lfd. Nr. 6, Gemarkung Reichelsheim, i. d. W., Flur VII, Flurstück 116/1, Ackerland, In den Pfingstgärten, 17,57 Ar,

lfd. Nr. 7, Gemarkung Reichelsheim, i. d. W., Flur V, Flurstück 79, Ackerland, Die Schmalzäcker, 25,84 Ar,

lfd. Nr. 8, Gemarkung Reichelsheim, i. d. W., Flur IV, Flurstück 156, Ackerland, An der Lehmkaute, 20,91 Ar,

lfd. Nr. 9, Gemarkung Reichelsheim, i. d. W., Flur VII, Flurstück 4/2, Ackerland, Die Kettenweiden, 31,34 Ar,

lfd. Nr. 10, Gemarkung Reichelsheim, i. d. W., Flur XI, Flurstück 70/1, Ackerland, An der Lehmkaute, 14,18 Ar,

lfd. Nr. 11, Gemarkung Reichelsheim, i. d. W., Flur VII, Flurstück 116/2, Ackerland, In den Pfingstgärten, 17,57 Ar,

lfd. Nr. 12, Gemarkung Reichelsheim, i. d. W., Flur V, Flurstück 40, Ackerland, Mittlere Pflugweggewann, 14,52 Ar,

b) Blatt 912

lfd. Nr. 1, Gemarkung Reichelsheim, i. d. W., Flur VII, Flurstück 24, Ackerland, Im Schweizer, 49,55 Ar,

sollen am Dienstag, 21. 1. 1964 um 9 Uhr, im Gerichtsgebäude Friedberg (Hessen), Kaiserstraße 96, Zimmer 16, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 18. 12. 1962 (Tag des Versteigerungsvermerks): Blatt 796 Landwirt Adolf Coburger III in Reichelsheim, Blatt 912 Landwirt Adolf Coburger III in Reichelsheim zu 1/2.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74a Abs. 5 ZVG auf

Blatt 796 für lfd. Nr. 1 auf 710,— DM, für lfd. Nr. 2 auf 1245,— DM, für lfd. Nr. 3 auf 2380,— DM, für lfd. Nr. 4 auf 15 000,— DM, für lfd. Nr. 6 auf 2340,— DM, für lfd. Nr. 7 auf 1290,— DM, für lfd.

Nr. 8 auf 3600,— DM, für lfd. Nr. 9 auf 4575,— DM, für lfd. Nr. 10 auf 2440,— DM, für lfd. Nr. 11 auf 2210,— DM, für lfd. Nr. 12 auf 725,— DM,

Blatt 912 für die ideelle Hälfte des Grundstücks lfd. Nr. 1 auf 3620,— DM rechtskräftig festgestellt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

636 Friedberg (Hessen), 23. 10. 1963
Amtsgericht

3233

5 K 24/62: Das im Grundbuch von Fulda, Band 109, Blatt 4536, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Fulda, Flur 5, Flurstück 98, Hof- und Gebäudefläche, Gemüsemarkt Haus Nr. 1, Größe 0,91 Ar, soll am Montag, dem 13. Januar 1964 um 10 Uhr, im Gerichtsgebäude Königstraße 38, Zimmer 24, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 7. September 1962 (Tag des Versteigerungsvermerks): Kaufmann Walter Dust, früher in Fulda, jetzt in Vancouver (Kanada).

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

64 Fulda, 12. 11. 1963
Amtsgericht

3234

K 4/63: Das im Grundbuch von Wohnbach, Band 14, Blatt 827, eingetragene Grundstück,

Nr. 9, Gemarkung Wohnbach, Flur 14, Flurstück 80/1, Lieg.-B. 384, Hof- und Gebäudefläche, Bahnhofstraße 21, Größe 1,96 Ar,

soll am Freitag, 17. Jan. 1964, um 9 Uhr, im Gerichtsgebäude Friedberg (Hessen), Kaiserstraße 96, Zimmer 27, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 14. März 1963, Tag des Versteigerungsvermerks, Schuhmacher Adolf Alt, Wohnbach.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt worden auf 8600,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

636 Friedberg (Hessen), 16. 10. 1963
Amtsgericht

3235

K 19/62: Das im Grundbuch von Reichelsheim, Band 19, Blatt 1056, eingetragene Grundstück,

Nr. 1, Gemarkung Reichelsheim, Flur 4, Flurstück 96/4, Lieg.-B. 624, Geb.-B. 574, Hof- und Gebäudefläche, Feuergrabenweg, 6,55 Ar,

soll am Freitag, 31. Januar 1964 um 9.00 Uhr im Gerichtsgebäude Friedberg (Hessen), Kaiserstraße 96, Zimmer 27, durch Zwangsvollstreckung, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 6. 8. 62/7. 1. 63 (Tag des Versteigerungsvermerks): a) Bergmann Friedrich Köhler, Reichelsheim; b) dessen Ehefrau Gisela Köhler geb. Müller, daselbst zu je 1/2.

Der Wert des Grundstücks wird hiermit nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 48 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

636 Friedberg (Hessen), 18. 11. 1963
Amtsgericht

3236

5 K 26/63: Das im Grundbuch von Tann, Bezirk Fulda/Hilders, Band 19, Blatt 698, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Tann, Flur 7, Flurstück 100, Hof- und Gebäudefläche, Marktplatz 14, Größe 3,04 Ar,

soll am 27. Januar 1964 um 10 Uhr im Gerichtsgebäude in Hilders, Battentor 13, Sitzungssaal, durch Zwangsvollstreckung, versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 15. Oktober 1963 (Tag des Versteigerungsvermerks): Gastwirt Max Trabert in Tann (Rhön).

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

64 Fulda, 12. 11. 1963
Amtsgericht

3237

5 K 33/61: Die im Grundbuch von Hauswurz, Band 13, Blatt 327, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Hauswurz, Flur A, Flurstück 458/107, Lieg.-B. 89, Geb.-B. 94, Hof- und Gebäudefläche, Am Kirchberg Nr. 88, Größe 1,64 Ar,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Hauswurz, Flur A, Flurstück 457/106, Hofraum, daselbst, 3,90 Ar,

lfd. Nr. 3, Gemarkung Hauswurz, Flur C, Flurstück 109, Grünland, Am Rödgen, 7,24 Ar,

lfd. Nr. 4, Gemarkung Hauswurz, Flur E, Flurstück 143/57, Ackerland, Am Einfelskuppel, 12,89 Ar,

lfd. Nr. 5, Gemarkung Hauswurz, Flur E, Flurstück 144/57, Ackerland, daselbst, 5,48 Ar, Hutung, daselbst, 4,30 Ar,

lfd. Nr. 6, Gemarkung Hauswurz, Flur F, Flurstück 158, Ackerland, Am Steinhauck, 3,75 Ar,

lfd. Nr. 7, Gemarkung Hauswurz, Flur F, Flurstück 159, Grünland, daselbst, 3,45 Ar,

lfd. Nr. 8, Gemarkung Hauswurz, Flur H, Flurstück 117, Grünland, Am Brandloser Berg, 7,56 Ar,

lfd. Nr. 9, Gemarkung Hauswurz, Flur H, Flurstück 185, Grünland, Am Kohlberg, 28,00 Ar,

lfd. Nr. 10, Gemarkung Hauswurz, Flur H, Flurstück 186, Grünland, Am Kohlberg, 9,94 Ar,

lfd. Nr. 11, Gemarkung Hauswurz, Flur H, Flurstück 187, Grünland, Am Kohlberg, 7,56 Ar,

lfd. Nr. 12, Gemarkung Hauswurz, Flur J, Flurstück 244, Grünland, Die Kreuzäcker, 7,56 Ar,

lfd. Nr. 13, Gemarkung Hauswurz, Flur K, Flurstück 27, Ackerland, Am Hellberg, 16,23 Ar,

lfd. Nr. 14, Gemarkung Hauswurz, Flur F, Flurstück 151, Ackerland, Am Steinhauk, 7,87 Ar,

lfd. Nr. 15, Gemarkung Hauswurz, Flur F, Flurstück 152, Grünland, daselbst, 9,94 Ar,

sollen am Mittwoch, dem 11. Dezember 1963 um 10 Uhr im Gebäude des Amtsgerichts (Z), Neuhof, Hattenhofer Str. 12, Zimmer 2, durch Zwangsvollstreckung, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 6. Dez. 1961 (Tag des Versteigerungsvermerks): Ehefrau Frieda Möller geb. Storch in Niederkalbach.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74a Abs. 5 ZVG auf 3834,— DM festgesetzt worden.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

64 Fulda, 13. 11. 1963

Amtsgericht

3238

Beschluß

2 K 9 63: Das im Grundbuch von Kelze, Band III, Blatt 148, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 10, Gemarkung Kelze, Flur 5, Flurstück 75/1, Hof- und Gebäudefläche, Im Dorfe Haus Nr. 46 1/2, Größe 4,52 Ar, Garten, daselbst, 3,95 Ar,

sollen am 16. Januar 1964 um 8.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Hofgeismar, Friedrich-Pfaff-Straße 8, Zimmer 26, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 9. 8. 1963 (Tag des Versteigerungsvermerks): a) Fabrikarbeiter Ludwig Mathusek, b) Ehefrau Else Mathusek, geb. Jäger, beide in Kelze je zu 1/2.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

352 Hofgeismar, 4. 11. 1963

Amtsgericht

3239

5 K 13 63 — Terminbestimmung zur Zwangsvollstreckung:

Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die in Neustadt belegenen, im Grundbuche von Neustadt, Band 119, Blatt 3512, eingetragenen, nachstehend beschriebenen Grundstücke am Donnerstag, dem 23. Januar 1964, um 10.30 Uhr, vor dem Amtsgericht Kirchhain, Zimmer 20, versteigert werden:

lfd. Nr. 3, Flur 1, Flurstück 3, Ackerland, Das Schoppenfeld, 61,65 Ar, (Wert 3390,75 Deutsche Mark);

lfd. Nr. 5, Flur 28, Flurstück 28, Gartenland, Der Ruschelberg, 4,32 Ar, (Wert 1728,— DM);

lfd. Nr. 8, Flur 27, Flurstück 51, Ackerland, Die Hundskaute, 69,91 Ar, (Wert 3145,95 DM);

lfd. Nr. 9, Flur 34, Flurstück 61, Grünland, In den Ottern, 49,08 Ar, (Wert 2454,— Deutsche Mark);

lfd. Nr. 10, Flur 41, Flurstück 1, Grünland, Die bunten Pfähle, 39,90 Ar, (Wert 1795,50 DM);

lfd. Nr. 11, Flur 42, Flurstück 62/1, Grünland, Die Hilgenwiese, 40,13 Ar, (Wert 1805,85 DM);

lfd. Nr. 12, Flur 3, Flurstück 84/1, Ackerland, An den Betten, 75,55 Ar, (Wert 4533,— DM);

lfd. Nr. 13, Flur 28, Flurstück 200/1, Hof- und Gebäudefläche, Willingshäuserstraße 17, Größe 8,45 Ar, Grünland, daselbst, 11,90 Ar, Wiese, daselbst, 49,50 Ar, (Wert 13 095,50 DM);

lfd. Nr. 21, Flur 28, Flurstück 19/8, Ackerland, Am Willingshäuser Weg, 85,66 Ar, (Wert 3426,40 DM).

Der Zwangsvollstreckungsvermerk ist am 10. Juli 1963 in das Grundbuch eingetragen worden.

Als Eigentümer war damals Herr Anton Ruhl, Wilhelms Sohn in Neustadt eingetragen.

Durch rechtskräftigen Beschluß des Amtsgerichts Kirchhain vom 7. Oktober 1963 ist gem. § 74a ZVG der Wert der Grundstücke wie oben vermerkt festgesetzt worden.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

357 Kirchhain (Bez. Kassel), 11. 11. 1963

Amtsgericht

3240

51 K 54/63: Die Miteigentumshälfte des im Grundbuch von Kassel, Band 38, Blatt Nr. 741, eingetragenen Grundstücks,

Nr. 1, Gemarkung Kassel, Flur M 2, Flurstück 335/50, Lieg.-B. 687, Geb.-B. 121, Hof- und Gebäudefläche, Hartwigstraße 19, Größe 2,98 Ar,

soll am 16. Januar 1964 um 10 Uhr im Gerichtsgebäude Kassel, Frankfurter Str. Nr. 11, Saalbau, Zimmer 143, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin der zu versteigernden Miteigentumshälfte am 19. 9. 1963 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks): Ehefrau Minna Walther, geb. Wendel zu Kassel.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

35 Kassel, 5. 11. 1963

Amtsgericht

3241

51 K 55/63: Der 2/3 Miteigentumsanteil des im Grundbuch von Wahlershausen, Band 75, Blatt 2192, eingetragenen Grundstücks,

Nr. 1, Gemarkung Wahlershausen, Flur Nr. 14, Flurstück 7/56, Lieg.-B. 1967, Bauplatz, Max-Planck-Straße, 11,60 Ar,

soll am 4. Februar 1964 um 9 Uhr im Gerichtsgebäude Kassel, Frankfurter Str. Nr. 11, Zimmer 143 (Saalbau), durch Zwangsvollstreckung, versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer des 2/3 Miteigentumsanteils am 18. Oktober 1963 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks): Kaufmann Hans Louis Goldschmidt in Ramat-Gan (Israel), jetzt in Frankfurt (Main).

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

35 Kassel, 12. 11. 1963

Amtsgericht

3242

Beschluß

6 K 1/63: Die ideelle Hälfte der Ehefrau Karla Johanne Emmy Sittner, geb. Klinsing, an den im Grundbuch von Oberbrechen, Band 23, Blatt 815, eingetragenen Grundstücken:

lfd. Nr. 4, Gemarkung Oberbrechen, Flur 24, Flurstück 33/3, Hof- und Gebäudefläche, Elisabethenstr. Größe 1,86 Ar,

lfd. Nr. 7, Gemarkung Oberbrechen, Flur 24, Flurstück 34 13, Lieg.-B. 1936, Hof- und Gebäudefläche, Elisabethenstr., Größe 1,83 Ar,

soll am 13. Januar 1964 um 14.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Schiede Nr. 14., Zimmer 14, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 21. Juni 1963 (Tag des Versteigerungsvermerks): Eheleute Anstreicher Helmut Sittner und Karla Johanne Emmy geb. Klinsing in Oberbrechen je zur ideellen Hälfte.

Der Wert der Grundstückshälften ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf je 1125,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

625 Limburg (Lahn), 11. 11. 1963

Amtsgericht

3243

Beschluß

7 K 18/63: Die im Grundbuch von Lampertheim, Bezirk Groß-Rohrheim, Band Nr. 13, Blatt 1201, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 3, Gemarkung Groß-Rohrheim, Flur 2, Flurstück 180, Gartenland, Der Kirchbeunklauer, 3,69 Ar,

lfd. Nr. 4, Gemarkung Groß-Rohrheim, Flur 8, Flurstück 36, Ackerland, Die breiten Gärten, 29,18 Ar,

sollen am Mittwoch, 22. 1. 1964 um 9 Uhr im Gerichtsgebäude in Lampertheim, Zimmer 10, zur Aufhebung der Gemeinschaft, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 10. Juli 1963 (Tag des Versteigerungsvermerks): Wilhelm Donnerstag II. und Ehefrau Maria geb. Glaser in Groß-Rohrheim, zu je 1/2.

Der Wert der Grundstücke wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt: 4168,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

684 Lampertheim, 30. 10. 1963

Amtsgericht

3244

7 K 20 62: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von Dietzenbach, Band 60, Blatt 3009,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Dietzenbach, Flur 17, Nr. 2/12, Lieg.-B. 1421, Hof- und Gebäudefläche, Waldstraße Nr. 28, Größe 25,76 Ar,

zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks (30. April 1962) auf den Namen der Firma Steinberg-Druck Thiele und Haag OHG in Dietzenbach eingetragene Grundstück, am Mittwoch, dem 18. 12. 1963 um 10.30 Uhr, durch das unterzeichnete Gericht, Kaiserstraße 16, Zimmer 38, versteigert werden.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG durch rechtskräftigen Beschluß vom 4. 6. 1963 festgesetzt auf 160000,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

605 Offenbach (Main), 13. 11. 1963

Amtsgericht, Abt. 7

3245

K 5 63: Das im Grundbuch von Fränkisch-Crumbach, Band 23, Blatt 1112, eingetragene Grundstück,

Nr. 2, Gemarkung Fränkisch-Crumbach (Odw.), Flur II, Flurstück 200/2, Hof- und Gebäudefläche, Auf der Beine 3,41 Ar, soll am 31. Januar 1963 um 10 Uhr im Gerichtsgebäude, zur Aufhebung der Gemeinschaft, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 4. September 63 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Nr. 1. a) Ernst Goder in Fränkisch-Crumbach, b) dessen Ehefrau Emma geb. Schmidt, daselbst zu je 1/2.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6101 Reichelsheim (Odw.), 15. 11. 1963

Amtsgericht

3246

3 K 8/63: Das im Grundbuch von Obertiefenbach, Band 13, Blatt 482, eingetragene Grundstück

Nr. 2, Gemarkung Obertiefenbach, Flur Nr. 8, Flurstück 371, Hof- und Gebäudefläche, Brühlgasse 208, Größe 3,43 Ar, Lieg.-B. 1060, Geb.-B. 313,

soll am 29. Januar 1964 um 10 Uhr, im Gerichtsgebäude in Runkel (Lahn), durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 4. Juli 1963 (Tag des Versteigerungsvermerks): Kaufmann Peter Paul Müller in Obertiefenbach.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt worden auf 30 000,— DM (dreißigtausend Deutsche Mark).

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

625 Runkel (Lahn), 8. 11. 1963 **Amtsgericht**

3247

Beschluß

K 5/63: Das im Grundbuch von Hainstadt, Band 13, Blatt 802, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 4, Flur 1, Flurstück 297/1, Hof- und Gebäudefläche, Friedrichstraße Nr. 40, Größe 3,88 Ar,

soll am 13. Januar 1964 um 10.30 Uhr im Bürgermeisteramt in Hainstadt (Saal), zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 21. März 1963 (Tag des Versteigerungsvermerks): a) Kaspar Josef Dutine, b) Barbara Dutine geb. Eyrich, dessen Ehefrau, Gesamtgut der Errungenschaftsgemeinschaft.

Der Wert des Grundstücks wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 15 000,— Deutsche Mark. Kaufliebhaber haben auf berechtigtes Verlangen eines Beteiligten Sicherheit in Höhe von 10 v. H. des Bargebotes zu leisten.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6453 Seligenstadt (Hessen), 18. 10. 1963

Amtsgericht

3248

Beschluß

K 15/63: Die im Grundbuch von Seligenstadt, Band 23, Blatt 1473, eingetragenen Grundstücke

lfd. Nr. 1, Fl. 1, Flst. 1044/1, Hof- u. Gebäudefläche, Einhardstr. 20, Größe 1,57 Ar;

lfd. Nr. 2, Fl. 1, Flst. 1057, Straße, Einhardstraße, 0,39 Ar;

sollen am 20. 1. 1964, um 10.30 Uhr, im Gerichtsgebäude in Seligenstadt, Giselastr. Nr. 1, Zimmer 1, zur Aufhebung der Gemeinschaft, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 2. 8. 1963, Tag des Versteigerungsvermerks:

1. Georg Josef Böres, zuletzt wohnhaft gewesen in Seligenstadt, verstorben am 11. 1. 1963, zu 1/2;

2a) Georg Josef Böres, verstorben am 11. 1. 1963, b) Georg August Böres, geb. 22. 1. 1904, wohnhaft in Hainstadt/Main, Feldstr. 32, c) Eva Margareta Merget, geb. Böres, geb. 28. 9. 1908, wohnhaft in Kl. Krotzenburg, Friedrich-Ebert-Str. 78, d) Anna Maria Gündling, geb. Böres, geb. 29. 9. 1911, wohnhaft in Seligenstadt, Bahnhofstr. 19, e) Karl Georg Böres, geb. 10. 2. 1940, wohnhaft in Seligenstadt, Einhardstr. 22, f) Maria Christina Böres, geb. 12. 6. 1946 — vertreten durch Frau Emilie Böres, beide wohnhaft in Seligenstadt, Einhardstr. 22, zu 2a) bis f) in ungeteilter Erbengemeinschaft zu 1/2.

Der Wert der Grundstücke wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 25 700,— Deutsche Mark. Kaufliebhaber haben auf berechtigtes Verlangen eines Beteiligten Sicherheit in Höhe von 10 v. H. des Bargebotes zu leisten.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6453 Seligenstadt (Hessen), 8. 11. 1963

Amtsgericht

3249

Beschluß

4 K 8/63: Die im Grundbuch von Leimfeld, Band 9, Blatt 267, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 13, Gemarkung Leimfeld, Flur Nr. 10, Flurstück 143/79, Lieg.-B. 27, Hof- und Gebäudefläche, Im Dorf, 0,07 Ar,

lfd. Nr. 16, Gemarkung Leimfeld, Flur Nr. 3, Flurstück 40, Lieg.-B. 27, Grünland, Wiese, Der Helgenkuppel, 50,18 Ar,

lfd. Nr. 17, Gemarkung Leimfeld, Flur Nr. 3, Flurstück 41, Lieg.-B. 27, Acker, Der Helgenkuppel, 13,47 Ar,

lfd. Nr. 18, Gemarkung Leimfeld, Flur Nr. 8, Flurstück 30, Lieg.-B. 27, Acker, Das Wüsterot, 70,25 Ar,

lfd. Nr. 19, Gemarkung Leimfeld, Flur Nr. 11, Flurstück 37, Lieg.-B. 27, Grünland, Die Teichwiesen, 20,56 Ar,

lfd. Nr. 21, Gemarkung Leimfeld, Flur Nr. 10, Flurstück 206/79, Lieg.-B. 27, Hof- und Gebäudefläche, Im Dorfe, Haus Nr. 20, Größe 5,53 Ar,

lfd. Nr. 22, Gemarkung Leimfeld, Flur Nr. 10, Flurstück 78, Lieg.-B. 27, Hofraum, Im Dorfe, 2,45 Ar,

lfd. Nr. 24, Gemarkung Gebersdorf, Flur 5, Flurstück 32/7, Lieg.-B. 27, Acker, Alte Heege, 74,44 Ar,

lfd. Nr. 26, Gemarkung Leimfeld, Flur Nr. 10, Flurstück 196/50, Lieg.-B. 27, Grünland, Im Dorfe, 0,37 Ar,

lfd. Nr. 31, Gemarkung Leimfeld, Flur Nr. 11, Flurstück 172/0.57, Lieg.-B. 27, Acker, Das Buchholz, 98,46 Ar,

lfd. Nr. 32, Gemarkung Leimfeld, Flur Nr. 10, Flurstück 49/1, Lieg.-B. 27, Hof- und Gebäudefläche, Im Dorfe, Haus Nr. 20, Größe 14,73 Ar,

sollen am Donnerstag, dem 30. Januar 1964 um 9 Uhr im Gerichtsgebäude in Treysa, Steinkautsweg 2, Zimmer 12, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 2. Juli 1963 (Tag des Versteigerungsvermerks): der Landwirt und Maurer Konrad Knapp III. in Leimfeld, geb. am 28. 9. 1921.

Der Wert der Grundstücke ist durch Beschluß des Amtsgerichts Treysa vom 16. Juli 1963 nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

3578 Treysa, 12. 11. 1963

Amtsgericht

3250

4 K 1/63: Die im Grundbuch von Epteroode, Band 12, Blatt 367, eingetragenen Grundstücke,

Nr. 1, Gemarkung Epteroode, Flur 4, Flurstück 35, Hof- und Gebäudefläche, Mitteldorf, Haus Nr. 41, Größe 2,94 Ar,

Nr. 2, Gemarkung Epteroode, Flur 4, Flurstück 34, Hof- und Gebäudefläche, Mitteldorf, Haus Nr. 41, Größe 6,98 Ar,

Nr. 3, Gemeindenutzen (zum Wohnhaus Nr. 41 gehörig),

Nr. 9, Gemarkung Epteroode, Flur 3, Flurstück 81, Ackerland, Hinter dem Schneckenrain, 6,16 Ar,

Nr. 12, Gemarkung Epteroode, Flur 5, Flurstück 46/1, Ackerland, Hinter den Höfen, 41,53 Ar,

Nr. 14, Gemarkung Epteroode, Flur 5, Flurstück 44, Gartenland, Hinter den Höfen, 10,29 Ar,

sollen am 15. Januar 1964 um 10 Uhr im Gerichtsgebäude, Walburger Straße 38, durch Zwangsvollstreckung, versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 21. Januar 1963 (Tag des Versteigerungsvermerks): Gastwirt Karl-Heinz Theodor Salzmänn in Epteroode.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf: lfd. Nr. 1, 35 735,— DM; lfd. Nr. 2, 1745,— DM; lfd. Nr. 3, 50,— DM; lfd. Nr. 9, 123,20 DM; lfd. Nr. 12, 10 382,50 DM; lfd. Nr. 14, 2572,50 DM.

Auf der Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

343 Witzenhausen, 11. 11. 1963

Amtsgericht

3251

Beschluß

2 K 2/63: Das im Grundbuch von Viesebeck, Band 19, Blatt 647, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Viesebeck, Flur 11, Flurstück 18/4, Lieg.-B. 396, Hof- und Gebäudefläche, Wolfhager Str. 92, Größe 13,00 Ar,

soll am 14. Januar 1964 um 10 Uhr im Gerichtsgebäude, Gerichtsstr. 5, Zimmer Nr. 13, durch Zwangsvollstreckung, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 26. März 1963 (Tag des Versteigerungsvermerks): Landwirt Heinrich Kreh und dessen Ehefrau Wilhelmine genannt Emmi Kreh geb. Tripp, beide aus Viesebeck, je zur Hälfte.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt worden auf 49 000,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

3547 Wolfhagen, 13. 11. 1963 **Amtsgericht**

3252

Beschluß

61 K 17/63: Die im Grundbuch von Sonnenberg, Band 23, Blatt 660, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 2, Flur 8, Flurstück 241/17, Hof- und Gebäudefläche, Danziger Straße 2, Größe 6,36 Ar,

lfd. Nr. 4, Flur 20, Flurstück 150, Acker Kröckelberg, 1. Gewinn, 6,92 Ar,

lfd. Nr. 5, Flur 19, Flurstück 47, Acker Herrenteil, 3. Gewinn, 8,05 Ar,

sollen am 27. Januar 1964, um 9.15 Uhr, im Gerichtsgebäude, Zimmer 250, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 22. Mai 1963, Tag des Versteigerungsvermerks, 1. Willi Karl Joseph Helfrich, Sonnenberg, 2. Fritz Otto Helfrich, Braubach, 3. Karl Helfrich, Rambach.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

62 Wiesbaden, 31. 10. 1963 **Amtsgericht**

Andere Behörden und Körperschaften

3253

Genehmigung zur Einrichtung und zum Betrieb eines Linienverkehrs mit Kraftfahrzeugen von Schloßborn nach Königstein

Der Kleinbahn AG Frankfurt/M.-Königstein, wird auf Grund des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG) vom 21. 3. 1961 (BGBl. I S. 241) die Genehmigung zur Einrichtung und zum Betrieb eines Linienverkehrs mit Kraftfahrzeugen nach § 42 PBefG von Schloßborn über Eppstein nach Königstein mit den Haltestellen: Königstein, Parkplatz Ruppertshain, Heilstätte, Eppenhain, Landsgraben, Schloßborn, Frankenbach, Vockenhausen, Eppstein, Bahnhof, bis 30. 11. 1971 erteilt.

Durch diese Genehmigung wird gleichzeitig dem Zusammenschluß von Fahrten dieser Linie mit Fahrten der Linie Königstein—Schloßborn über Ruppertshain—Abzw. Eppenhain zugestimmt.

Das Unternehmen unterliegt der Aufsicht des Landrates in Bad Homburg (§ 54 PBefG).

62 Wiesbaden, 30. 10. 1963

Der Regierungspräsident
III 4 — 7 — Az. 66 f 02

3254

Genehmigung zur Einrichtung und zum Betrieb eines Linienverkehrs mit Kraftfahrzeugen von Waldernbach nach Limburg

Dem Unternehmer Ing. Willy Müller in Waldernbach, Kr. Oberlahn, Steinstraße 3, wird auf Grund des Personenbeförderungsgesetzes die Genehmigung zur Einrichtung und zum Betrieb eines Linienverkehrs mit Kraftfahrzeugen von Waldernbach nach Limburg mit den Haltestellen Kreuzung Lahr/Fussingen/Neunkirchen, Vöhler Weiher, Mertenberg, Allendorf, Heckholzhäuser, Grube Niederstein, Oberiefenbach (Denkmal und Abzweigung Niedertiefenbach), Ahlbach (Sportplatz), Limburg (Priesterseminar und Bahnhof), Staffel bis zum 31. 10. 1971 erteilt.

Bedingungen/Auflagen: Keine Verkehrsbedienung von Staffel nach Limburg/L. und umgekehrt. Keine Bedienung der Haltestellen in Limburg/L. untereinander.

62 Wiesbaden, 4. 11. 1963

Der Regierungspräsident
P 7 — Az.: 5 c 02

3255

Satzung**des Fortsbetriebsverbandes Hallgarten im Rheingau**

Auf Grund des § 5 der Hessischen Gemeindeordnung in der Fassung vom 1. 7. 1960 (Hess. Gesetz- u. Verordnungsblatt S. 103 ff.) sowie gemäß § 13 des Zweckverbandsgesetzes vom 7. 6. 1939 (RGBl. I S. 979) schließen die Gemeinden Hallgarten und Mittelheim nach Anhören der Gemeindevertretungen mit deren Zustimmung an Stelle der Bildung eines Zweckverbandes folgende öffentlich-rechtliche Vereinbarung.

§ 1

Die Gemeinden Hallgarten und Mittelheim im Rheingau bilden einen Forstbetriebsverband gem. § 32 Abs. 6 des Hessischen Forstgesetzes vom 10. 11. 1954 — (GVBl. S. 211), der den Namen

„Forstbetriebsverband Hallgarten Rheingau“

führt.

Die Waldflächen der Beteiligten setzen sich wie folgt zusammen:

Gemeinde Hallgarten/Rhg. 577,7 ha = 70,3%
Gemeinde Mittelheim/Rhg. 243,9 ha = 29,7%.

§ 2

Die Aufgaben des Forstbetriebsverbandes werden von der Gemeinde Hallgarten im Rheingau wahrgenommen.

Die Gemeinde Hallgarten stellt den Forstbetriebsbeamten an und ist dienstrechtlich für ihn allein zuständig.

Vor der Einstellung des Forstbetriebsbeamten ist die Gemeinde Mittelheim im Rheingau zu hören.

§ 3

Die Gemeinde Mittelheim hat einen Kostenbeitrag entsprechend der Größe ihrer anteiligen Waldfläche an die Gemeinde Hallgarten zu zahlen.

§ 4

Die Satzung vom 26. April 1956 wird außer Kraft gesetzt, da die Gemeinde Johannisberg im Rheingau inzwischen ausgeschieden ist.

6229 Hallgarten (Rheingau),
den 2. 10. 1962

Der Gemeindevorstand:
L. S. gez.: Freimuth
Bürgermeister
gez.: Wolf
1. Beigeordneter

6227 Mittelheim (Rheingau),
den 20. 12. 1962

Der Gemeindevorstand:
L. S. gez.: von Stosch
Bürgermeister
gez.: Scheid
1. Beigeordneter

Genehmigt nach § 13 Abs. 2 des Zweckverbandsgesetzes vom 7. 6. 1939 i. d. F. vom 24. 7. 1941 (RGBl. I S. 464) mit Ausnahme der Worte „... und die Änderung zur Satzung vom 5. 12. 1961 ...“ in § 4 der Satzung.

622 Rüdeshheim, den 29. Aug 1963

**Der Landrat des Rheingaukreises
als Behörde der Landesverwaltung**
gez. Bausinger

LS

Ich stimme als obere Forstbehörde gem. § 32 (6) Satz 3 des Hess. Forstgesetzes vom 10. 11. 1954 — GVBl. S. 211 — der Genehmigung des Landrats in Rüdeshheim vom 29. 8. 1963 zu.

62 Wiesbaden, 24. 10. 1963

Der Regierungspräsident
IV 1 d — G Nr. 141 —
Im Auftrage
gez. Kaul

3256

Aufforderung: Frau Lina Feller, geb. Franz, Ffm.-Griesheim, Alt-Griesheim 76, hat die Kraftloserklärung der auf ihren Namen lautenden Sparkassenbücher 16-2533 und 16-1862 beantragt.

Der oder die Inhaber der Sparkassenbücher werden aufgefordert, binnen 3 Monaten unter Vorlage der Sparkassenbücher ihre Rechte bei der unterzeichneten Sparkasse anzumelden, widrigenfalls die Sparkassenbücher für kraftlos erklärt werden.

6 Frankfurt (Main), 15. 11. 1963

Stadtparkasse Frankfurt am Main

3257

Aufforderung: Frau Aenne Krüger, Hanau, Kurfürstenstraße 20, hat die Kraftloserklärung des Sparkassenbuches Nr. 50 269 beantragt.

Der Inhaber des Sparkassenbuches wird aufgefordert, binnen 3 Monaten unter Vorlage des Sparkassenbuches seine Rechte bei der unterzeichneten Sparkasse anzumelden, widrigenfalls das Sparkassenbuch für kraftlos erklärt wird.

645 Hanau, 14. 11. 1963

Stadtparkasse und Landesleihbank Hanau
Der Vorstand

3258

Aufforderung: Für folgendes Sparkassenbuch ist die Kraftloserklärung beantragt worden. Der Inhaber des Sparkassenbuches wird aufgefordert, binnen 3 Monaten unter Vorlage des Sparkassenbuches seine Rechte bei der unterzeichneten Sparkasse anzumelden, widrigenfalls das Sparkassenbuch für kraftlos erklärt wird.

Sparkassenbuch Nr. 5313 unserer Hauptzweigstelle Braunfels, lautend auf Brigitte Löhr, Braunfels, Bergstraße 3.

633 Wetzlar, 13. 11. 1963

Kreissparkasse Wetzlar
Der Vorstand

3259

Kraftloserklärungen: Durch Beschluß vom 28. 10. 1963 sind die nachverzeichneten Sparkassenbücher für kraftlos erklärt worden:

- 1. Sparkassenbuch Nr. 35 lt. auf Arnold Hild, Ortenberg;
- 2. Sparkassenbuch Nr. 15324 lt. auf Ludwig Ringshausen Nachl.;
- 3. Sparkassenbuch Nr. 2854 lt. auf Werner Weiß, Büdingen;
- 4. Sparkassenbuch Nr. 623454 lt. auf Norbert Sack, Gettenau;
- 5. Sparkassenbuch Nr. 609779 lt. auf Georg Rühl III, Gettenau;
- 6. Sparkassenbuch Nr. 7047 lt. auf Ev. Kirchengemeinde Bergheim;
- 7. Sparkassenbuch Nr. 16339 lt. auf Otto Grauling, Bleichenbach;
- 8. Sparkassenbuch Nr. 8919 lt. auf Renate Volkmar, Wiesbaden;
- 9. Sparkassenbuch Nr. 7818 lt. auf Ludwig Volkmar Ehel., Büdingen;
- 10. Sparkassenbuch Nr. 7152 lt. auf Käthe Volkmar, Büdingen;
- 11. Sparkassenbuch Nr. 1157 lt. auf Max Bergath Ehel., Büdingen.

6478 Nidda, 29. 10. 1963

Kreissparkasse des Landkreises Büdingen in Nidda
Der Vorstand

3260

Kraftloserklärung: Auf Grund des § 14 Abs. 2 Ziff. 4 des hessischen Sparkassengesetzes vom 10. 11. 1954 wird das nachstehend aufgeführte Sparkassenbuch für kraftlos erklärt:

Sparkassenbuch Nr. 767 260 unserer Hauptzweigstelle Karl-Kellner-Ring, lautend auf Ernst Stuhl, Wetzlar, Kirchgasse 2.

633 Wetzlar, 13. 11. 1963

Kreissparkasse Wetzlar
Der Vorstand

3261

Aufforderung: Folgende Personen haben die Kraftloserklärung der nachstehend aufgeführten Sparkassenbücher beantragt:

- 1. Susanne Ackermann, geb. Spahn, Mühlheim/Main, Gutenbergstraße 14, das Sparkassenbuch Nr. 152211, lautend auf Katharina Josefine Spahn, geb. Jung.
- 2. Peter Josef Bergmann II., Mainflingen, Hauptstr. 96, das Sparkassenbuch Nr. 17938, lautend auf seinen Namen.

Die Inhaber der Sparkassenbücher werden hiermit aufgefordert, binnen drei Monaten unter Vorlage der Sparkassenbücher ihre Rechte bei der unterzeichneten Sparkasse anzumelden, widrigenfalls die Sparkassenbücher für kraftlos erklärt werden.

6433 Seligenstadt, 14. 9. 1963

Bezirkssparkasse Seligenstadt
Der Vorstand

PETER Kraftschuur
 AUTOZUBEHÖR GROSSHANDEL WERKZEUGE
 WIESBADEN · RÜDESHEIMER STRASSE 9
 TELEFON 42357. 42358 · FERNSCHREIBER: 04 83885

3262

Im Landkreis Schlüchtern (Hessen), Ortsklasse A, 42 000 Einwohner, ist zum 1. Juni 1964 die

die Stelle des Landrats

wegen Ablaufs der Wahlzeit und nach Erreichung der Altersgrenze des derzeitigen Stelleninhabers neu zu besetzen.

Die Amtszeit beträgt 6 Jahre.

Die Besoldung regelt sich nach Gruppe L 2 des Vierten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Bezüge der Wahlbeamten der Gemeinden und Landkreise vom 1. Juni 1962 — GVBl. I Seite 277 —.

Bewerber müssen die für das Amt erforderliche Eignung und langjährige Erfahrung in der Kommunalverwaltung besitzen; Befähigung zum Richteramt oder höheren Verwaltungsdienst ist erwünscht.

Die Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen (Lebenslauf, Lichtbild, Nachweis der bisherigen Tätigkeiten, Zeugnisse, Referenzen u. dgl.) werden bis zum 15. Januar 1964 unter dem Kennwort „Bewerbung Landrat“ an den

Kreisausschuß des Landkreises Schlüchtern, Schlüchtern, Gartenstr. 7, erbeten. Persönliche Vorstellung nur nach Aufforderung.

649 Schlüchtern, 15. 11. 1963

**Der Kreisausschuß
des Landkreises Schlüchtern**

Beilagenhinweis

Der heutigen Gesamtausgabe des Staats-Anzeiger Nr. 47/1963 ist eine Werbekarte des Deutschen Fachschriften-Verlages in Wiesbaden-Dotzheim, betr. die Loseblattsammlung „Recht und Verwaltung in Hessen“ beigelegt. Wir bitten um Beachtung.

Zum Staats-Anzeiger Jahrgang 1963

die Einbanddecke

ist zum Stückpreis von 4,50 DM und 1,50 DM Verpackung- und Versandkosten sofort lieferbar.

das Inhaltsverzeichnis

wird (wie in den vorangegangenen Jahren) der Nummer 7/1964 (für die ständigen Bezieher kostenlos) beigelegt.

STAATS-ANZEIGER FÜR DAS LAND HESSEN, Wiesbaden, Herrnmühlgasse 11A, Tel. 59667

3263 Öffentliche Ausschreibung

DARMSTADT: Erd-, Beton- u. Stahlbetonarbeiten zur Erstellung des Unterführungsbauwerkes „Wiesensneise“ (K 40) unter BAB-Zweig Darmstadt der Autobahn-Eckverbindung Mönchhof-Darmstadt in Bau-km 2,2 + 52,15. Brückenfläche: ca. 250 qm.

Die Bauarbeiten müssen in 120 Arbeitstagen beendet sein.

Die Bieter müssen bei Angebotsabgabe nachweisen, daß sie gleiche oder ähnliche Arbeiten bereits ausgeführt haben und außerdem über geeignete Fachkräfte sowie entsprechende Maschinen und Geräte verfügen.

Bewerber werden gebeten, die vorgenannten Ausschreibungsunterlagen bis spätestens 29. 11. 1963 beim Straßen-Neubauamt Hessen-Süd Darmstadt, Rheinstraße 19/21, schriftlich anzufordern. Hierbei ist der Beleg für die Einzahlung der Selbstkosten in Höhe von 30,— DM (Erst- und Zweitschrift der Angebotsvordrucke) für das Brückenbauwerk beizufügen.

Einzahlungen sind bei der Staatskasse Darmstadt, Neckarstr. 3a, Postscheckkonto Ffm., Konto-Nr. 35 599, unter Angabe der Bauwerksbezeichnung zu leisten. Die Ausschreibungsunterlagen werden dem Besteller bis zum 9. 12. 1963 per Post portofrei zugesandt.

Eröffnungstermin: 7. 2. 1964 um 11 Uhr.

61 Darmstadt, 15. 11. 1963

Straßen-Neubauamt Hessen-Süd
217 — 63 b — 08.01

Bezugspreis für den Staats-Anzeiger ab 1. 1. 1964
6,60 DM vierteljährlich. Näheres s. StAnz. 45/1963, S. 1289.

Die Postämter erheben die neue Bezugsgebühr erstmals Mitte Dezember 1963 und wir bitten alle Bezieher, ihren Kassen entsprechende Anweisung zu geben, damit in der Zustellung des „Staats-Anzeiger für das Land Hessen“ keine Unterbrechung eintritt.

Verlag des Staats-Anzeiger für das Land Hessen

62 Wiesbaden, Herrnmühlgasse 11 A, Ruf: Sa.-Nr. 5 96 67

Günstige langfristige Darlehen für Beamte a. L.

bis 15 000,— DM — 6% Jahreszinsen ohne übliche Raten, Laufzeit bis zu 20 Jahren.
Kostenlose Beratung durch

- Steuervorteile
- Versicherungsschutz
- Restschuld-Ablösung

TH. FRANKENBERG, 65 Mainz, Postfach 499

Fernruf: 3 32 50

3264

WEILBURG: Die Arbeiten für die Ausführung von Erd- und Deckenbau (Los I) einer Teilstrecke zwischen Waldhausen und Löhnberg (Oberlahn) der Umgehungsstraße Weilburg (Lahn), im Zuge der B 49, sollen vergeben werden.

Auszuführen sind:

- Rodungsarbeiten ca. 41 500 qm
- Mutterbodenarbeiten ca. 17 000 qm
- Erdarbeiten ca. 210 000 cbm
- Frostschutzschichten ca. 25 000 cbm
- Betonleitstreifen ca. 9000 lfd. m
- Schotter-Unterbau ca. 12 000 cbm
- Bit.-Tragschicht ca. 48 000 qm
- Asphalt-Binder ca. 48 000 qm.

Die Bieter müssen nachweisbar für Bauleistungen gleicher oder ähnlicher Art qualifiziert sein und über die geeigneten Fachkräfte und die erforderlichen Maschinen und Geräte verfügen.

Die Ausschreibungsunterlagen sind ab sofort anzufordern mit Angabe, ob die Unterlagen durch die Post übersandt werden sollen. Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für zwei Ausfertigungen in Höhe von 30,— DM, die in keinem Fall zurückerstattet werden, ist beizufügen.

Einzahlung bei der Staatskasse in Weilburg (Lahn), Postscheckkonto Ffm. Nr. 6829 mit Angabe: „Erd- und Deckenbau, Los I“.

Selbstabholer erhalten die bestellten Ausschreibungsunterlagen gegen Vorlage der Vollmacht ab 25. 11. 1963, in der Zeit von 8—12 Uhr, beim Hess. Straßenbauamt Weilburg (Lahn), Zimmer 16.

Eröffnung: 17. 12. 1963. Die Zuschlags- und Bindefrist beträgt 60 Werktag.

629 Weilburg, 15. 11. 1963

Hessisches Straßenbauamt
171 — 61e — 02 — 03

Für staatliche und kommunale Verwaltungen und Betriebe



**TAPETEN · GARDINEN · BODENBELÄGE
DEUTSCHE UND ORIENT-TEPPICHE**

NEUE MAINZER STRASSE 38 · TEL.-SA-NR. 28751
FRANKFURT AM MAIN



MINIMAX

Handfeuerlöscher u.
Feuerlöschanlagen
f. j. Zweck

Generalvertr.: A. Tetzlaff
Frankfurt(Main)
Rheinstr. 20 · Ruf 725384

Dipl.-Ing. Rüd. Grottel

BAUBERATUNGSGESELLSCHAFT M. B. H.
FRANKFURT AM MAIN
MÜNCHENER STR. 12 · RUF: 331412

WASSERVERSORGUNG · KANALISATION · ABWASSERREINIGUNG

PLANUNG - BERATUNG
FÜR

STADT · GEMEINDE · INDUSTRIE

Fragen Sie uns bei Beleuchtung von Straßen



Verwaltungsgebäuden
Schulen
Sportstätten
Gebäudeanstrahlung

G. Schanzenbach & Co. GmbH. - Frankfurt/Main W 13

Gebrüder Sorg
Holzbawerke

Baracken-, Hallen-
und Fertighausbau

6361 Gmüden/Taunus

Kreis Usingen
Tel. Rod a. d. Weil 06083-341
od. 289
639 USINGEN: Ts. Tel. 06081-681
6292 WEILMONSTER: Ts.
Tel. 06472-247

August May

Bagger- und Raupenbetrieb
Schwer-Flüssigkeitstransporte · Öltankverlegung
Transporte - Sand und Kies
Frankfurt/M. · Arnsburger Str. 58-62 · Tel. 435274-494338

Gebr. **Schinkel** OHG.

ELEKTROBAU HOCH- UND NIEDERSpannungsanlagen
WIESBADEN Fabrikation mod. Leuchten · Einzelhandel in Radio- u. Elektrogeräten
Wiesbaden-Erbenheim, Mainzer Straße 1 · Fernruf 7 43 24

Sonderdruck 40/62

Inhalt:

Durchführung des Bundesbaugesetzes

Richtlinien für die Aufstellung von Bauleitplänen

— Bauleitplan-Richtlinien —

Stückpreis 1,20 DM und —,20 DM Versandkosten Lieferung bis zu 5 Exemplaren nur gegen Vorauszahlung auf das Postscheckkonto Frankfurt (Main) Nr. 143 60, Verlag Kultur und Wissen GmbH, Wiesbaden. Auf dem Einzahlungsabschnitt Bestellung genau bezeichnen.

Staats-Anzeiger, Wiesbaden,

Herrnmühlgasse 11 A — Telefon Sammel-Nr. 5 96 67

3265

Zum 1. Januar 1964 ist bei der Stadt Viernheim die Stelle des

Leiters des Stadt-Bauamtes

neu zu besetzen, da der derzeitige Stelleninhaber in den Ruhestand tritt. Besoldung erfolgt nach Gruppe A 11 HBeO; spätere Aufrückung nach A 12 ist vorgesehen.

Gesucht wird eine qualifizierte Persönlichkeit mit organisatorischem Geschick und Erfahrungen auf dem Gebiete der Bauaufsicht, der städtebaulichen Planung und des Baurechts.

Es kommen nur Bewerber in Frage, die neben der Fachprüfung auch die 2. Verwaltungsprüfung abgelegt haben.

Die Stadt Viernheim hat 21 500 Einwohner. Das Stadtgebiet umfaßt 4800 ha. Es sind vier Volksschulen, eine Realschule und ein Gymnasium vorhanden. Viernheim hat sehr günstige Verkehrsverbindungen (Autobahn-auffahrt).

Bewerbungen mit handgeschriebenem Lebenslauf, Lichtbild, beglaubigten Abschriften von Zeugnissen und Befähigungsnachweisen sind bis **1. Dezember 1963** an den Magistrat der Stadt Viernheim (Rathaus) zu richten.

6806 Viernheim, 7. 11. 1963

Der Magistrat
der Stadt Viernheim

Für staatliche und kommunale Verwaltungen und Betriebe



sitzmöbel- tische
großraumbestuhlung
raumtextilien

RUDOLF MEER GMBH
Eschenheimer Anlage 23

Frankfurt/Main
Fernruf 559733



Maschinensetzerel
Typografisches Atelier
Matern-Werkstätten
Kunststoff-Kilschees

VON OERTZEN KG · FRANKFURT AM MAIN
Mainzer Landstraße 250 H · Fernsprecher 337813 u. 337345



Druck-, Schreib-, Rotaprint- und
Durchschlagpapiere
Kartei- und Aktendeckelkarton
Zeichen- und Transparentpapiere
feine Büttenspapiere

DRISLER & Co

6000 Frankfurt am Main-Hausen, Postfach 88
Telefon Sammel-Nr. 770006 · FS: 0413128

Vereinigte Papierwarenfabriken GmbH.



Frankfurt/Main, Hauptgüterbahnhof
Ladestraße III, 9-11, Telefon 331573

... die Lieferanten für
Briefhüllen und Versandtaschen

ZINTGRAFF OHG

Wiesbaden
Neugasse 17
Tel. 59588

Ihr Lieferant für:
Öfen, Gas-, Kohle-, Elektroherde, Kühlschränke,
Waschmaschinen, komplette Kantinen-Einrichtungen
HY-10 & THURINGIA, Papier- u. Abfallverbrenner

Verlangen Sie bitte Angebot!

Der Staatsanzeiger für das Land Hessen erscheint wöchentlich montags. Fortlaufender Bezug nur durch die Postämter. Bezugspreis vierteljährlich DM 6,— und DM 0,27 Zustellgebühr. Herausgeber: Der Hessische Minister des Innern. Verantwortlich für den redaktionellen Inhalt des amtlichen Teils Ministerialrat Gemmer, den übrigen Teil Paul Hartelt.

Verlag: Verlag Kultur und Wissen GmbH, Wiesbaden, Postscheckkonto: Frankfurt/Main, Nr. 143 60. Druck: Druck- und Verlagshaus Chmielorz, Wiesbaden.

Anzeigenannahme und Vertrieb: Staats-Anzeiger, Wiesbaden, Herrnmühlgasse 11 A, Ruf: Sa.-Nr. 5 96 67, Fernschreiber: 04-188 648.

Preis von Einzelstücken: bis 32 Seiten Umfang DM 1,20 und DM —,20 Versandkosten, bis 40 Seiten DM 1,70 und DM —,30, über 40 Seiten DM 2,— und DM —,30. Lieferung gegen Vorauszahlung (keine Briefmarken) auf das Postscheckkonto des Verlages (siehe unten). Anzeigenschluß: 7 Tage vor Erscheinen. Anzeigenpreis lt. Tarif Nr. 4 v. 1. 1. 1962. Umfang der Ausgabe 24 Seiten.

Zahlung für Einzelstücke nur an den Verlag Kultur und Wissen
GmbH., 62 Wiesbaden, auf Postscheckkonto Frankfurt/M., Nr.

14360



Europa

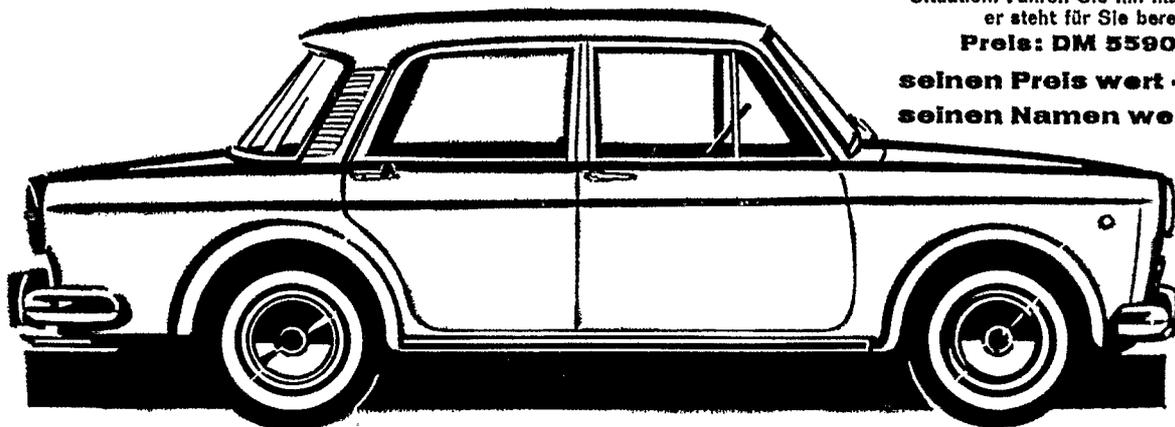
Ihr bestes Stück



Nicht ohne Grund heißt er EUROPA. Es gibt keinen bezeichnenderen Namen für ihn. Vollkommen. Großzügig. Gut durchdacht. Er bietet mehr: Vier Türen. Eine umklappbare Rückenlehne - für großes Gepäck. 48 PS hat er unter der Haube. Sie kommen aus 1221 ccm. Das sorgt für die nötige Elastizität in jeder Situation. Fahren Sie ihn mal - er steht für Sie bereit.

Preis: DM 5590.-

**seinen Preis wert -
seinen Namen wert**



FIAT-WERKSHÄNDLER IN HESSEN

643 Bad Hersfeld, Homberger Str. 16-20,
Tel. 29 69
Willi Wetterau

638 Bad Homburg v. d. H., Saalburgstr. 55,
Tel. 2 21 43
Autohaus Helmut Schenk

6842 Bürstadt (Ried), Nibelungenstr. 197,
Tel. 63 00/63 05
Auto-Lausecker OHG

6 Frankfurt (Main), Rheingauallee 33,
Tel. Sa.-Nr. 77 64 44
Josef Heuler KG

6 Frankfurt (Main), Hanauer Landstr. 121,
Tel. 4 05 16
Krupp Kraftfahrzeuge Frankfurt/M.
GmbH

6230 Frankfurt (Main)-Zeilsheim,
Hofheimer Str. 5/7, Tel. 31 36 32
Fahrzeughaus Theobald

623 Frankfurt (Main)-Höchst, Kurmainzer
Straße 59, Tel. 31 66 22
Josef Fiedler

636 Friedberg (Hess.), Am Bahnhof,
Tel. 59 00

6473 Gedern, Krs. Büdingen, Am Bahnhof
Auto-Ulrich

6451 Frischhausen üb. Hanau,
Tel. Amt Seligenstadt 565
Offenbacher Landstr. 40
Gebr. Sticksel OHG

6141 Gadernheim (Odenwald)
Nibelungenstr. 156, Tel. (0 62 54) 288
Ernst Reimund

6309 Gambach b. Butzbach
Butzbacher Str. 4, Tel. 30 38
Autohaus Metzger

3501 Heiligenroda/Kassel, Kasseler Str. 113,
Tel. Kassel (05 61) 5 93 56
Autohaus Brill

3569 Holzhausen/Hünstein, Kreis Bieden-
kopf, Tel. 136
Wilhelm Schmidt

3588 Homberg, Bez. Kassel,
Ziegenhainer Str. 9, Tel. 23 61
Heinrich Ulrich

6418 Hünfeld (Hessen), Fuldaer Berg 46,
Tel. 205
Joseph Lehmer

35 Kassel-Bettenhausen, Leipziger Str. 129,
Tel. 55 01/57 21
Autohaus Fitsch

625 Limburg (Lahn), Auto-Zubringer Nord,
Tel. 27 38
Martin Klein & Co., Inh. Willi Gresser

355 Marburg (Lahn), Rosenstr. 12, Tel. 22 03
Hans Kaletsch

6115 Münster b. Dieburg
Darmstädter Str. 51, Tel. 471
Karl Schadt & Söhne

3578 Treysa, Wierastraße 3, Tel. 2334
Autohaus Kohl, Inh. Georg Dickhaut

629 Weilburg (Lahn), Frankfurter Str. 52,
Tel. 547
Wilhelm Nürnberger

633 Wetzlar, Leitzstr. 39-41, Tel. 26 71
August Frech

62 Wiesbaden, Friedrichstr. 8,
Tel. 2 93 64 und 2 88 60
Rudolf Marschall KG

62 Wiesbaden, Mainzer Str. 174
Tel. 7 44 93 und 7 60 95
Auto-Transit GmbH

62 Wiesbaden-Dotzheim, Rheinstr. 10,
Tel. 4 08 84
August Schütz

62 Wiesbaden-Schierstein, Rheingastr. 28,
Ausstellungsraum Bismarckring 11,
Tel. 6 66 14
Bentele & Sohn

343 Witzenhausen,
Am Eschenbornrasen 9, Tel. 389
August Leunig jr.

DEUTSCHE FIAT-AKTIENGESELLSCHAFT

Zweigniederlassung Frankfurt (Main), Mainzer Landstraße 581 und Neue Mainzer Straße 33-35 · Telefon Sa.-Nr. 383641